

Einwohnerratssitzung 2010/2011

Protokoll Nr. 4

Sitzungsdatum ***Donnerstag, 9. Dezember 2010***
Sitzungszeit 14:00 Uhr bis 18:20 Uhr
Ort Pilatus-Saal, Luzernerstrasse 15, Kriens

Protokoll	Yvonne Rösli	
Direktwahl	041 329 63 09	9. Dezember 2010 ry

Anwesend

Präsident	Heiz Martin
Einwohnerrat	32 Mitglieder
Gemeinderat	5 Mitglieder
Gemeindeschreiber-Substitut	Imgrüth Fredy
Protokoll	Rösli Yvonne Sigrist Andrea

Entschuldigt

Camenisch Rätö
Maldonado Jennifer
Schilling Mauro

Traktanden

- | | | | |
|-----|--|------------|-----------|
| 1. | <u>Mitteilungen</u> | | Seite 123 |
| 2. | <u>Protokoll Nr. 2</u> vom 30. September 2010 | | Seite 124 |
| 3. | <u>Fragestunde</u>
(max. 30 Min.) | | Seite 125 |
| 4. | <u>Bericht Postulat B. Bienz</u> : Bessere Nutzung des Schlössli-Parks durch Umgestaltung | Nr. 099/09 | Seite 129 |
| 5. | <u>Bericht Postulat Wili</u> : Ortstafel | Nr. 125/09 | Seite 130 |
| 6. | <u>Bericht Postulat Marbacher</u> : Controlling Wirtschaftliche Sozialhilfe/Sozialversicherungen | Nr. 163/10 | Seite 131 |
| 7. | <u>Bericht Petition</u> : Für eine bedarfsgerechte schulergänzende Kinderbetreuung im Quartier Obernau (ab Schuljahr 2011/2012) | Nr. 170/10 | Seite 133 |
| 8. | <u>Interpellation B. Bienz</u> : Illegale Bauten in Kriens
<i>Beantwortung</i> | Nr. 172/10 | Seite 139 |
| 9. | <u>Interpellation Portmann</u> : Auswirkungen allfälliger Synergieeffekte einer Fusion mit der Stadt Luzern und der Gemeinde Kriens gegenüber der Krienser Gemeindeangestellten
<i>Beantwortung</i> | Nr. 173/10 | Seite 140 |
| 10. | <u>Motion Portmann</u> : Sistierung des Projektes "Starke Stadtregion"
<i>Begründung</i> | Nr. 186/10 | Seite 142 |
| 11. | <u>Motion Portmann</u> : Aufhebung der "Kommission für Interkommunale Zusammenarbeit"
<i>Begründung</i> | Nr. 185/10 | Seite 146 |
| 12. | <u>Dringliche Interpellation Marbacher</u> : Existenzsicherung Gemeinde Kriens
<i>Beantwortung</i> | Nr. 193/10 | Seite 146 |
| 13. | <u>Dringliche Interpellation Dalla Bona</u> : Baubewilligungs- und Wiederherstellungsverfahren, Baugesuch Burri & Achermann Gartenbau AG
<i>Beantwortung</i> | Nr. 194/10 | Seite 148 |
| 14. | <u>Motion Lammer</u> : Reduktion des Inventars der Kulturobjekte auf die erhaltenswerten Objekte
<i>Begründung</i> | Nr. 184/10 | Seite 151 |
| 15. | <u>Verabschiedung</u>
- Baumgartner Werner (CVP)
- Bründler Josef (FDP) | | Seite 155 |

Neueingänge

- Nr. 099/09 Bericht Postulat B. Bienz: Bessere Nutzung des Schössli-Parks durch Umgestaltung
- Nr. 125/09 Bericht Postulat Wili: Ortstafel
- Nr. 163/10 Bericht Postulat Marbacher: Controlling Wirtschaftliche Sozialhilfe / Sozialversicherungen
- Nr. 170/10 Bericht Petition: Für eine bedarfsgerechte schulergänzende Kinderbetreuung im Quartier Obernau (ab Schuljahr 2011/2012)
- Nr. 187/10 Interpellation Kalt: Was unternimmt der Gemeinderat gegen den Verlust der Steuermoral?
Eingang: 03.11.2010
- Nr. 188/10 Interpellation Graber: Tests der Schweizerischen Post zur Briefzustellung in Kriens
Eingang: 26.11.2010
- Nr. 189/10 Bericht und Antrag: Teilrevision Reglement über das Friedhof- und Bestattungswesen (1. Lesung)
- Nr. 190/10 Bericht und Antrag: Bauabrechnung Baukredit Werterhaltung Schulanlagen, 2. Etappe Schulanlagen Krauer, Rogern 1 & 2
- Nr. 191/10 Bericht und Antrag: Bauabrechnung Baukredit Behindertengerechter Zugang Gemeindehaus und dringende Sanierungsmassnahmen inkl. Nachträge bis 2009
- Nr. 192/10 Postulat Piazza: Jungunternehmerfreundliches Kriens
Eingang: 02.12.2010
- Nr. 193/10 Dringliche Interpellation Marbacher: Existenzsicherung Gemeinde Kriens
Eingang: 03.12.2010
- Nr. 194/10 Dringliche Interpellation Dalla Bona: Baubewilligungs- und Wiederherstellungsverfahren, Baugesuch Burri & Achermann Gartenbau AG
Eingang: 03.12.2010
- Nr. 195/10 Postulat Müller: Verkehrssicherheit auf der Motelstrasse mit Tempo 30
Eingang: 03.12.2010
- Nr. 196/10 Bericht und Antrag: Bebauungsplan Zentrumszone Bahnhof Horw, Teilrevision Ortsplanung
- Nr. 197/10 Postulat Dalla Bona: Projekt "Türöffner"
Eingang: 07.12.2010

Martin Heiz begrüsst herzlich zur heutigen Sitzung. Von der Presse ist Luca Wolf anwesend. Stellvertretend für den abwesenden Guido Solari nimmt Fredy Imgrüth an der Sitzung teil.

Entschuldigt haben sich Jennifer Maldonado, Mauro Schilling und Räto Camenisch.

1. Mitteilungen

Gemäss Martin Heiz wurde die Neueingangsliste dem Einwohnerrat verteilt.

Der Gemeinderat hat keine Mitteilungen.

Am Samstag, 18. Juni 2011 findet der Einwohnerratssausflug statt. Der Sprecher bittet den Einwohnerrat, sich diesen Termin zu reservieren.

Anlässlich der letzten Fragestunde tauchte die Frage auf, ob im Pilatusaal zukünftig Internetzugang möglich ist. Die Geschäftsleitung hat dies aufgrund von eingeholten Offerten, welche rund Fr. 11'000.00 betragen, an ihrer letzten Sitzung diskutiert und einstimmig beschlossen, dieses Anliegen nicht weiterzuverfolgen. Dies wäre aufgrund der beschlossenen Sparmassnahmen nicht sinnvoll und zudem ist WLAN nicht zwingend, um das Ratsgeschäft erfüllen zu können.

Weiter sind zwei dringliche Vorstösse eingegangen. Martin Heiz bittet die Dringlichkeit zu begründen:

Dringliche Interpellation Marbacher: Existenzsicherung Gemeinde Kriens (Nr. 193/10)

Monika Marbacher erwähnt, dass die Behandlung des Anliegens an einer späteren Sitzung wegen Zeitablauf gegenstandslos würde. Die Sache ist von grossem politischen Gewicht, da es um die finanzielle Zukunft von Kriens geht. Der Einwohnerrat ist zuständig und es ist nicht bereits Gegenstand einer hängigen Vorlage im Rat. Zudem tangiert es kein laufendes Verfahren. Sie bittet der Dringlichkeit zuzustimmen.

Martin Heiz stellt fest, dass gegen die Dringlichkeit nicht opponiert wird und schlägt vor, die Interpellation nach Traktandum 12, jedoch vor 17:00 Uhr zu behandeln.

Dringliche Interpellation Dalla Bona: Baubewilligungs- und Wiederherstellungsverfahren, Baugesuch Burri & Achermann Gartenbau AG Nr. 194/10

Gemäss Johanna Dalla Bona handelt es sich um ein laufendes Verfahren und der Gang vor das Verwaltungsgericht wurde bereits eingeleitet. Das Anliegen hat ein hohes politisches Gewicht und muss jetzt angegangen werden, damit eine andere Lösung gefunden werden kann und der Bund die Nutzungsvereinbarung nicht kündigt.

Bruno Bienz opponiert der Dringlichkeit, da keine Kriterien dafür sprechen.

Judith Luthiger schliesst sich der Meinung des Vorredners an. Das Geschäft liegt zudem im Kompetenzbereich des Gemeinderates.

Abstimmung über die Dringlichkeit der Interpellation Dalla Bona: Baubewilligungs- und Wiederherstellungsverfahren, Baugesuch Burri & Achermann Gartenbau AG Nr. 194/10:

Mit 23:9 Stimmen wird der Dringlichkeit zugestimmt.

Aakti, Brahim	nein
Baumgartner, Werner	ja
Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	ja
Bründler, Anton	ja
Bründler, Josef	ja
Dalla Bona, Johanna	ja
Erni, Roger	ja
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	nein
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	ja
Günter, Michael	ja
Hahn, Alex	ja
Heini, Martin	nein
Kalt, Mirjam	nein
Kaufmann, Christine	ja
Kiener, Beatrice	ja
Koch, Patrick	ja
Konrad, Simon	ja
Lammer, Thomas	ja
Luthiger, Judith	nein
Marbacher, Monika	ja
Müller, Ursula	ja
Nyfeler, Nicole	nein
Piazza, Daniel	ja
Portmann, Peter	ja
Schwizer, Roland	ja
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	nein
Wespi, Peter	ja
Willi, Alexander	ja

Martin Heiz schlägt vor, die Beantwortung der Interpellation nach Traktandum 13 zu behandeln, jedoch auch vor 17:00 Uhr.

2. Protokoll Nr. 2 vom 30. September 2010

Es ist ein Änderungsantrag von Peter Wespi bei der Gemeindekanzlei eingegangen:

S. 30: Der SVP wird suggeriert, dass sie ihre Meinung zu den Verkehrsschikanen geändert haben soll, was so nicht stimmt, denn die SVP ist und war immer dagegen. Roland Burkhardt wollte eine Ampel beim Schappe-Center, um schneller aus dieser Seitenstrasse zu kommen und nicht um noch länger zu warten, was diese Schikanen ja mit sich bringen.

Gegen den Antrag wird nicht opponiert. Das Protokoll Nr. 2 wird somit mit dieser Änderung genehmigt und verdankt.

3. Fragestunde

Martin Heiz bittet einfache Fragen zu stellen. Für komplexere Fragen bitte vorgängig per Mail an Gemeinderat, damit er sich entsprechend vorbereiten kann.

Alfons Graf möchte wissen, ob sich Sozialhilfebezüger bemühen müssen, dass sie Arbeit suchen und, falls sie dies tun müssen, wer dies kontrolliert.

Lothar Sidler bejaht, dass Sozialhilfebezüger Arbeit suchen müssen, sofern sie arbeitsfähig sind. Sozialhilfebezüger müssen grundsätzlich jeden Monat auf der Gemeinde vorbeikommen. Es wird mit dem zuständigen Sozialarbeiter ein Gespräch geführt und ein entsprechender, der Situation angepasster Plan ausgearbeitet. Wenn sich die Sozialhilfebezüger nicht gemäss der Vorlage um Arbeit bemühen, wird ihnen eine Weisung erteilt. Verhalten sie sich nicht gemäss dieser Weisung, werden ihnen die Sozialleistungen um bis zu 15 % gekürzt. Verhalten sie sich dann immer noch nicht so, wie dies vorgesehen ist, wird ihnen die Sozialhilfe schlussendlich eingestellt. Dies wird somit auch monatlich von den Sozialarbeitern kontrolliert.

Roland Schwizer weiss, dass aufgrund des Cityring-Projekts im Obernau eine Ampel montiert wurde. Kann es nun sein, dass man nun wegen den Bauarbeiten stundenlang im Obernau stehen muss?

Gemäss Matthias Senn ist dies eine Massnahme, damit der Verkehr auf der Obernauer- und Luzernerstrasse auch während der Tunnelsperrung fliesst. Er hat jedoch noch nie erlebt, dass man stundenlang vor einer roten Ampel warten muss. Eine Rotphase von mehreren Minuten würden von den Autofahrenden nicht akzeptiert, sie würden die Anlage bei Rot passieren.

Beatrice Kiener stellt fest, dass auf der Klösterli- / Josef-Schriber-Strasse ein Abbiegeverbot signalisiert ist. Doch die meisten Autofahrenden fahren ein Stück weiter und kehren dann. Wie lange will dies der Gemeinderat noch tolerieren?

Matthias Senn antwortet, dass dies eine Massnahme im Rahmen des Verkehrsrichtplans ist. Das Abbiegeverbot wurde auch schon Mal aufgehoben, aber dann aufgrund von Oppositionen aus dem Quartier wieder eingeführt. Es ist schwierig, es allen Recht zu machen.

Mario Urfer hat festgestellt, dass die Homepage der Gemeinde Kriens nicht aktuell ist. Es findet dies schade und möchte wissen, wieso dies so ist und was der Gemeinderat für ein Interesse an einer aktuellen Homepage hat.

Helene Meyer-Jenni ist nicht bekannt, dass die Homepage nicht aktuell ist. Sie wird vom Medienbeauftragten unter der Verantwortung von Guido Solari bewirtschaftet. Sie nimmt das Anliegen jedoch entgegen.

Erich Tschümperlin möchte wissen, wie es approximativ mit den Steuereinnahmen für das Jahr 2010 aussieht.

Paul Winiker weiss, dass beim letzten Stand die Einnahmen der ordentlichen Steuern um ca. Fr. 1.2 Mio. verfehlt werden und bei den Sondersteuern das Budget um ca. Fr. 700'000.00 nicht erreicht werden kann.

Peter Portmann will wissen, ob die Familie Arab nun ausgeschafft wurde.

Gemäss Helene Meyer-Jenni liegt dies, wie bereits schon mehrmals erwähnt, nicht im Zuständigkeitsbereich der Gemeindebehörde. Sie weiss nichts über eine allfällige Ausschaffung.

Monika Marbacher erwähnt, dass am 11. Oktober 2006 der Gemeinderat in der Baubewilligung für den Neubau einer Halle auf Grundstück Nr. 5777, Marty AG, Obernauerstrasse 4, Kriens verfügt hat, die Bauherrschaft habe spätestens nach einem Jahr nach Betriebsaufnahme ein Lärmschutzgutachten beim Gemeinderat von Kriens einzureichen. Insbesondere sei nachzuweisen, dass Art. 7 Abs. 1 LSV gegenüber der Wohnzone eingehalten werde. Weil die Lärmemissionen der Firma Marty Korrosionsschutz AG enorm sind und sicherlich bei weitem über den massgebenden Grenzwerten gemäss Lärmschutzverordnung, wollte die Sprecherin als Anwohnerin Einsicht in das entsprechende Gutachten nehmen. Das Baudepartement hat am 24. November 2010 mitgeteilt, dass dieses Gutachten noch ausstehend sei, nun aber umgehend eingefordert werde. Baubewilligungen werden bereitwillig erteilt, Auflagen werden nicht kontrolliert. Frage an Matthias Senn: Hat die Gemeinde Kriens tatsächlich ein Baucontrolling, das nur auf dem Papier besteht?

Matthias Senn ist der Meinung, dass das Baucontrolling gut funktioniert. In diesem Fall wurde dies tatsächlich verpasst. Am 5. Januar 2011 findet diesbezüglich eine Koordinations Sitzung mit der Dienststelle uwe des Kantons statt.

Alex Hahn hat beobachtet, dass bei der Kreuzung Langsägenstrasse / Amlehnstrasse Fotos und Messungen vorgenommen wurden. Wieso und was passiert dort?

Gemäss Matthias Senn will der Gemeinderat wissen, wie hoch auf der Achse Schachen-, Amlehn-, Langsägestrasse das Verkehrsaufkommen und insbesondere der Anteil Durchgangsverkehr ist. Es werden für diese Achse verschiedene verkehrsorganisatorische und bauliche Massnahmen geprüft.

Bruno Bienz hat gehört, dass die APG betreffend Plakatierung neue Verhandlungen mit der Gemeinde wünscht. Wenn dies der Fall ist, wäre der Sprecher froh, wenn die Parteien dabei auch involviert werden.

Matthias Senn bestätigt, dass es in den letzten Jahren immer wieder heisse Diskussionen mit der APG gegeben hat. Die Gemeinde wird jährlich mit rund Fr. 30'000.00 entschädigt. Zusätzlich stellt die APG Plakatwände für Wahlen und Vereine zur Verfügung. Der Vertrag mit der APG läuft bis 31.12.2012 und hat ein Jahr Kündigungsfrist. Der Gemeinderat hat auch schon diskutiert, ob er den Vertrag selber künden und die Plakatierung neu ausschreiben soll. Die geleistete Dienstleistung der APG ist jedoch zurzeit gut.

Toni Bründler will Transparenz in Bezug auf die kommende Budgetabstimmung vom 19. Dezember 2010 und möchte wissen, wie viel Franken Familien, die Sozialhilfe beziehen, erhalten.

Lothar Sidler hat aufgrund der Behauptungen der SVP, dass Sozialhilfebezüger zwischen Fr. 4'000.00 bis Fr. 6'000.00 pro Monat erhalten sollen, Abklärungen vorgenommen und hat einen Auszug machen lassen. Daraus lässt sich entnehmen, dass zwei Bezüger über Fr. 5'000.00 erhalten. Diese beiden Bezüger leben wegen körperlicher und geistiger Gebrechen in einem Heim. Dann gibt es drei Bezüger bzw. drei Familien, die mehr als Fr. 4'000.00 erhalten. Alle anderen Bezüger erhalten weniger als Fr. 4'000.00.

Kathrin Graber hat aus einem Leserbrief in der NLZ erfahren, dass die Rotlichtanlage im Gebiet Unterhus / Schachenstrasse aus Kostengründen entfernt wird. Ist sich der Gemeinderat bewusst, dass dies ein wichtiger Knoten ist und welche Massnahmen will er diesbezüglich ergreifen?

Gemäss Matthias Senn handelt es sich um das bereits genannte Projekt (Frage Alex Hahn). Der Gemeinderat macht sich diesbezüglich Gedanken. Es wurde bisher nur geprüft, die Ampel zu entfernen. Die Strassengenossenschaft wurde um eine Stellungnahme zu dieser Massnahme gebeten. Es ist diesbezüglich noch nichts entschieden worden. Die Situation der Einmündung ist jedoch nicht vergleichbar mit dem Verkehrsaufkommen beim Schappe-Center.

Alexander Wili hat festgestellt, dass im Bellpark mit grossem Lärm das Laub Zusammengeblasen und dann abgezogen wurde. Er findet dies nicht sinnvoll und fragt, ob dies sein muss oder ob man auf diesen Aufwand verzichten könnte.

Cyрил Wiget weiss, dass die Laubbläser für viele Leute eine unangenehme Lärmbelästigung darstellen. Laub auf Rasenflächen und auf Fusswegen wurde auch früher zusammengenommen um die Humusierung zu verhindern. Wenn sich vor allem auf Wegen Humus bildet, wird der Unterhalt teurer. Solange dies aber mit Rechen erledigt wurde, hat das niemand gestört. Die Laubbläser erledigen diese Arbeiten viel schneller und damit günstiger, sind aber extrem störend. In Zukunft möchte der Gemeinderat diese Arbeiten innerhalb der Gemeinde zeitlich konzentrieren und besser informieren.

Michael Günter will wissen, wann Kriens das letzte Mal die Steuern um mehr als 1/10 Einheiten erhöht hat.

Paul Winiker weiss dies nicht. In der entsprechenden Botschaft ist man nur auf 10 Jahre zurückgegangen. Er zeigt diese und zitiert daraus. Weiter ist auch zu berücksichtigen, dass sich das System immer wieder verändert hat. Dies wäre sicher etwas für die Recherche der neuen Chronik.

Chris Kaufmann stellt fest, dass auf dem Schwitter-Areal eine Überbauung geplant ist. Wie ist dort der Stand?

Gemäss Matthias Senn ist der Gestaltungsplan Schweighofpark rechtskräftig. Nun wird jedoch noch ein Investor für die Realisierung gesucht. Planungen und Abklärungen sind am Laufen. Zudem wird geprüft, wie der Wohnanteil im Gestaltungsplangebiet vergrössert werden kann.

Judith Luthiger hat in der NLZ gelesen, dass die bestehenden Fussballfelder auf der Tunnelfläche im Schlund irgendeinem Projekt weichen müssen. Stimmt dies und was ist damit gemeint?

Martin Heiz schlägt vor, diese Frage zusammen mit der dringlichen Interpellation von Johanna Dalla Bona zu behandeln. Darin geht es um das gleiche Thema.

Ursula Müller weiss, dass aktuell der Wald- und Fussweg Motel Pilatusblick Hotel Himmelrich im Bereich Wald Siedhalde bis Schweinferch renoviert wird. Es werden Betontreppen anstelle der Eichentreppe eingebaut. Zwischen den Treppen sind die Abschnitte zum Teil ebenfalls betoniert. Wird der Abschnitt Schweinferch Hotel Himmelrich gleichwertig renoviert? Wenn ja – bei eisigen Temperaturen verhält sich der Beton als sehr glitschig. Wird jetzt der Winterdienst der Gemeinde eingesetzt, wie die Sprecherin auf den anderen gleich ausgebauten Wegen im Quartier beobachtet?

Matthias Senn kann dies jetzt nicht beantworten. Er wird dies zuhanden des Protokolls abklären: *Der Wanderweg Denetten - Himmelrich ist schon seit längerem auf der Liste zum Sanieren. In einer ersten Phase wird der Weg ab Denetten bis Schweinferch saniert. Die alten Eichenschwellen werden durch Beton-Blockstufen ersetzt. Die kurzen Zwischenstücke werden betoniert. Die längeren Teilstücke ohne Stufen werden mit Bergschotter gebaut. In einer zweiten Phase wird die "Schindlertreppe" ebenfalls anstelle der bestehenden Eichenschwellen mit Blockstufen saniert. In einer dritten Phase wird der Wanderweg Schweinferch bis Himmelrich saniert. Die bestehenden Eichenschwellen werden durch Rundhölzer ersetzt, wobei die Tritte und die Zwischenstücke ausschliesslich mit Bergschotter ausgestaltet werden. Der Weg Denetten bis Sidhalde und die Schindlertreppe werden nach dem Winterdienstprogramm zur Schneeräumung und Glatteisbekämpfung behandelt. Der genannte Abschnitt wird schon jetzt und erst Recht nach der Überbauung Denetten recht stark begangen.*

Eichenschwellen dürfen nicht mehr verbaut werden. Der Wanderweg Denetten bis Himmelrich ist einer der letzten Wege, der noch mit Eichenschwellen verbaut ist. Bei den vielbenützten Wegen im Siedlungsgebiet sind alle Verbindungswege mit Betonelementen ausgestattet. Die Dauerhaftigkeit ist für diesen Ausbau entscheidend. Der Unterhalt ist auf diesen Treppen besser auszuführen. Die kurzen Wegstücke zwischen zwei Treppen werden aus Unterhaltsgründen betoniert. Ein Unterhalt mit Bergschotter ist praktisch nicht mehr machbar und sehr aufwändig. An diesen Treppen wird auch immer ein Handlauf zur sicheren Benützung angebracht. Holzprügel eignen sich an Wanderwegen ausserhalb des Siedlungsgebietes. Ein Ersatz ist nach 6 bis 8 Jahren erforderlich.

Patrick Koch möchte wissen, wie es mit dem Ausbau vom Restaurant Himmelrich aussieht.

Gemäss Matthias Senn hat der Eigentümer eine Vorstudie zur Prüfung eingereicht. Der Gemeinderat hat geantwortet, dass das geplante Projekt zurzeit nicht möglich ist, da eine Umzonung nötig wäre.

Werner Baumgartner will den Stand vom Projekt Gasthaus Hergiswald wissen.

Matthias Senn weiss, dass noch nichts entschieden und die Verwaltungsgerichtsbeschwerde noch hängig ist. Zudem laufen noch die Verhandlungen mit der Gesuchstellerin betreffend ihrer Beschwerde. Man ist sich ausser bei der Dachbegrünung in allen Punkten weitgehend einig.

4. Bericht Postulat B. Bienz: Bessere Nutzung des Schlössli-Parks durch Umgestaltung **Nr. 099/09**

Bruno Bienz dankt dem Gemeinderat für die Prüfung seines Anliegens. Eigentlich ist er enttäuscht von der Antwort. Die Schlossliegenschaft mutet sich wie im Mittelalter als private Anlage eines Schlossherrn oder Schlossherrin an. Das Tor ist abgeschlossen und die Parkanlage ladet nicht zum Verweilen ein. Aber eine wichtige Kleinigkeit hat sich seither verändert – das Schloss gehört den Krienserinnen und Kriensern. Man kann es zwar mieten, aber das ist für viele Bürger und Bürgerinnen schlichtweg viel zu teuer. Daher wäre es eine Pflicht, wenigstens die Gartenanlage einer breiteren Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Bei den meisten Schlossanlagen in öffentlicher Hand ist das eigentlich normal. Beim Schlössli Utenberg, Schloss Meggenhorn, Schloss Heidegg, Dreilinden usw. sind zumindest die Gärten zugänglich und benutzerfreundlich. Der Sprecher hat keine öffentliche Schlossanlage gefunden, die nicht für die Besucher offen ist. Nur das Schloss Schauensee ist abgeschlossen.

Die Überlegungen des Gemeinderates betreffend Doppelbelastung kann Bruno Bienz einigermaßen nachvollziehen, aber es sollte zumindest möglich sein, nur den Garten für einen Anlass zu nutzen. Da gäbe es einige Möglichkeiten; Apéro, Konzert, Markt, Theater, Hochzeitsfotos, usw. Oder einfach mit einem guten Buch bewaffnet, dem Alltag entfliehen und die tolle ruhige Umgebung geniessen. Das sollte doch ein Ziel sein.

Dazu muss der Garten natürlich auch benutzerfreundlich gestaltet werden. Wie erwähnt, wäre natürlich ein Kiesbelag und/oder ein chaussierter Belag ein Muss, da sonst wie bis anhin der Rasen sowieso meistens nicht betreten werden darf. Für den Sprecher stellt sich hier die Frage, wer das überhaupt bestimmt? Es wäre nicht nur wünschenswert, sondern ein Muss, wenn zum 50-Jahr-Jubiläum die Anlage den Besitzern zugänglich gemacht wird und nicht nur ein bis zwei Mal pro Jahr.

Die Kosten für die Umgestaltung könnte mit einem Schlossfest und oder Sponsoring gedeckt werden. Der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt. Daher hofft Bruno Bienz auf einen mutigen Gemeinderat, der die Schlossanlage Schauensee aus dem Dornröschenschlaf erweckt.

Matthias Senn stellt fest, dass Politik auch fruchtbar sein kann. Der Gemeinderat verfolgt das Ziel, dass die Gartenanlage für die Bevölkerung offen steht und bestimmt, wie das Schloss zugänglich ist. Im Hinblick auf das 50-Jahr-Jubiläum im Jahr 2013 werden diesbezüglich weitere Überlegungen gemacht.

Gemäss Ursula Müller unterstützt die CVP/JCVP-Fraktion das Anliegen, dass der Schlösslipark fiter gemacht wird, damit die Nutzung erhöht werden kann. Sie ist der Meinung, dass das Schloss Schauensee und sein Park von der Krienser Bevölkerung wenig bis gar nicht genutzt wird. Die schöne Gartenanlage an dem wunderbaren Aussichtspunkt über dem Kriensertal sollte mehr und auch öfter benutzt werden können. Ein Grossteil der Bevölkerung kennt das Krienser Wahrzeichen nur von aussen und das wird bedauert. Im letzten Kriens Info ist das Schloss Schauensee als festliches Kleinod für spezielle Anlässe vorgestellt worden. Als die Sprecherin den Artikel im Kriens Info für heute nachlesen wollte, war die Seite herausgerissen. Der Artikel hat offensichtlich bei ihren Jungen Zuhause grosses Interesse geweckt.

In der Fraktion hat man sich gefragt, warum der Schlosspark abgesperrt und nicht öffentlich zugänglich ist? Für Kriens, für Spaziergänger, Erholungssuchende und Touristen wäre die Benützung der Schlossparkanlage mit der schönen Aussicht ein Gewinn. Es ist schade, dass nur vom Parkplatz zwischen den Gitterstäben ein Blick in den Garten erheischt werden kann. Im vorliegenden Bericht ist nachzulesen, dass eine verbesserte Zugänglichkeit, eine Öffnungszeit geprüft wird. Die CVP/JCVP-Fraktion ist der Meinung, dass notwendigerweise nicht nur geprüft

wird, sondern der Garten definitiv Öffnungszeiten für alle haben sollte, z.B. wie der Spielplatz Mettlen.

Ursula Müller hat im Buch „Kriens für Zeitgenossen“ die Geschichte vom Schössli nachgelesen. Darin ist eindrücklich beschrieben, wie sich die Krienser Bevölkerung für den Kauf für das Wahrzeichen eingesetzt hat. Alex Wili kämpfte an vorderster Front. Der legendäre Gang nach Luzern ist allen bekannt. Das Schloss bedeutet den Krienser und Krienserinnen viel und eine öffentliche Parkbenutzung wäre ein Gewinn. Auch künftig muss die Bevölkerung hinter dem Schössli stehen, für finanzielle Aufwendungen bereit sein und stolz sein, ein solches Kleinod besitzen zu können.

Wie Eingangs bereits angekündigt, unterstützt die CVP/JCVP-Fraktion das Anliegen und denkt, dass der Gemeinderat zusätzlich der Wunsch für eine breite Öffnung der Parkanlage aufnehmen und entsprechen wird.

Beatrice Kiener dankt der Grünen Partei für den Vorstoss. Auch die FDP hat das Problem schon oft bemerkt. Es ist eine gute Idee, dass der Gemeinderat das Projekt auf die 50-Jahr-Feier im 2013 realisieren will. Die FDP bittet den Gemeinderat, aus dieser Sache aber keine "Doktorarbeit" zu machen, d.h. kein Studienauftrag, keine Fachjury und keine Landschaftsarchitekten, sondern eine zweck- und verhältnismässige Lösung zu realisieren. Allenfalls könnte die Finanzierung durch Sponsoren wie die Albert-Köchlin-Stiftung erfolgen. Es ist ein Anliegen der Öffentlichkeit, dass der Schlosspark offen ist, vor allem auch für die Hochzeitsfotografen. Man soll keine Angst vor Vandalismus haben – diese Leute verkehren nicht im Schössli. Die FDP liebt das Schössli und will dazu Sorge tragen.

Mario Urfer kann namens der SP einer Umgestaltung des Schlossparks, um die Zugänglichkeit für die Öffentlichkeit zu verbessern, zustimmen, wenn eine qualitativ gute Lösung gefunden wird, die dem historischen Bau und der Umgebung entspricht. Der Schlosspark kann und darf nicht die Funktion eines Bellparks haben. Die Lösung kann z.B. über einen Ideenwettbewerb gefunden werden. Es wird neue Infrastrukturen in der Parkanlage brauchen. Die Verfestigung des Rasenplatzes und Sparzierwegs, Bauten für die Rollstuhlzugänglichkeit und einer WC-Anlage. Eine Doppelbelegung des Schlosses scheint der SP nicht realistisch, wegen dem Verkehrsaufkommen und den ungenügenden Parkplätze. Es sind Kosten, die jetzt nicht dringlich sind. Aber Kosten die in der Überlegung für die 50-Jahres-Feier sicher eine Rolle spielen dürfen.

Martin Heiz stellt fest, dass der Gegenstand des Postulats im Kompetenzbereich des Gemeinderates liegt und es mit diesem Bericht somit als erledigt gilt.

5. Bericht Postulat Wili: Ortstafel

Nr. 125/09

Alexander Wili dankt dem Gemeinderat für die positive Berichterstattung. Er hat eine kleine Korrektur: Im 2. Abschnitt 1. Satz steht: *Der aktuelle Standort der Ortstafel Kriens in Fahrtrichtung Luzern beim Kupferhammer....* – korrekt ist jedoch *... in Fahrtrichtung Kriens...*

Martin Heiz stellt fest, dass keine weiteren Wortmeldungen verlangt werden und der Gegenstand des Postulats im Kompetenzbereich des Gemeinderates liegt. Das Postulat ist somit mit diesem Bericht erledigt.

6. Bericht Postulat Marbacher: Controlling Wirtschaftliche Sozialhilfe / Sozialversicherungen **Nr. 163/10**

Monika Marbacher bedankt sich beim Gemeinderat für die Beantwortung ihres Postulats. Er hat das Anliegen zwar aufgenommen, ist jedoch zum Schluss gekommen, dass die Schaffung einer Controlling-Stelle auf finanzpolitischer Sicht nicht in Frage kommt. Das stellt die CVP/JCVP-Fraktion in Frage.

Die Sprecherin erklärt zuerst folgende drei Begriffe:

Systematisches Controlling: Alle Sozialhilfedossiers mit oder ohne Sozialversicherungsansprüchen werden systematisch und periodisch nach bestimmten Kriterien geprüft, um sicherzustellen, dass Ansprüche auf Wirtschaftliche Sozialhilfe gegeben sind und Sozialversicherungen korrekt verrechnet werden. Beispiel: Die Gemeinde bevorschusst Arbeitslosentaggelder, alle Abtretungen sind gemacht, dennoch zahlt die ALK an den Klienten aus. Das Geld kann zurückgefordert werden.

Fallführung Wirtschaftliche Sozialhilfe: Berechnung Wirtschaftliche Sozialhilfe bei Neuaufnahmen und laufenden Dossiers Wirtschaftliche Sozialhilfe, regelmässige Beratungs- und Kontrollgespräche und Dokumentation mit einem monatlichen Zeitbudget von 1.4 Std. pro Fall. Trotz engmaschigem Zeitbudget gibt es im Sozialamt keine generellen Mängel zu verzeichnen.

Arbeit Sozialinspektor: Der Sozialinspektor überprüft Personen, z.B. wenn vermutet wird, dass eine Person arbeitet und diese nicht deklariert oder wenn vermutet wird, dass die Anzahl Personen im Haushalt nicht stimmt.

Gemäss Bericht des Gemeinderates werden schon heute Dossiers kontrolliert - stichprobenweise je Quartal mindestens 5 Dossiers pro Sozialarbeiter. Dies reicht jedoch nicht. Erfahrungen aus anderen Gemeinden zeigen auf, dass sich systematisches Controlling lohnen kann: Emmen hat von August 2009 bis September 2010 Fr. 166'000 aus Controlling WSH und Fr. 46'000 aus dem Controlling Sozialversicherungen generiert. Dafür werden 80 Stellenprozente eingesetzt. Ebikon führt ebenfalls ein systematisches Controlling und die Gemeinde Root führt seit 2008 ein systematisches Controlling, das sich lohnt.

Welche Wirkung hat ein Controlling?

Intern: Entlastung für die Sozialarbeitenden, das Postulat ist dementsprechend kein Misstrauensantrag an die Sozialabteilung, sondern eine Hilfestellung. Zudem werden Ungereimtheiten erkannt und können korrigiert werden.

Extern: Klienten wissen, dass sie engmaschig kontrolliert werden. Die Bevölkerung registriert, dass Sozialhilfebeziehende nicht einfach Geld abholen können, sondern dass sie strengen Kontrollen ausgesetzt sind und sanktioniert werden, wenn Geld hinterzogen wird und die Sozialversicherungen werden darauf hingewiesen, dass allenfalls gewisse Abläufe optimiert werden müssen.

Gemäss der Sonderprüfung von Balmer Etienne wird empfohlen, eine neue Stelle für ein systematisches Controlling sämtlicher Dossiers zu schaffen. Vertrauen ist gut, Kontrolle besser. Controlling rechnet sich. Wenn der Gemeinderat also rechnen kann, beschliesst er an der nächsten Gemeinderatssitzung die Einführung einer Controllingstelle von mindestens 60 Stellenprozenten. Wenn der Einwohnerrat rechnen kann, denkt er bei der nächsten Budgetdebatte an die höheren Stellenprozente in der Sozialabteilung. Dass diese zuhanden des Gemeinderates Bericht erstattet, ist dabei selbstverständlich.

Lothar Sidler hat die Ausführungen von Monika Marbacher zur Kenntnis genommen. Es ist klar, dass ein Controlling nötig ist. Die Frage ist, ob dies schon umgesetzt werden soll oder nicht.

Für Bruno Bienz namens der SGK sind die Antworten des Gemeinderates in dieser Form fast erwartet worden. Die Mehrheit der SGK ist enttäuscht von dem mutlosen agieren des Gemeinderates und ist deshalb auch nicht zufrieden. Die SGK ist der Meinung, dass sich die zusätzlichen Stellenprozente rechnen würde oder zumindest kostenneutral sind. Zudem herrscht die Meinung, dass es für die Mitarbeitenden des Sozialamtes Entlastung bringt. Es gibt auch Glaubwürdigkeit gegen aussen. Die Mehrheit der SGK würde es deshalb begrüssen, wenn der Gemeinderat eine solche Stelle möglichst rasch umsetzt. Für die Kommission ist es aber klar, dass nicht zwingend mit einem Grosspensum gestartet werden soll.

Gemäss Alfons Graf muss der Sozialmissbrauch bekämpft werden. Das ist so klar, wie das Amen in der Kirche. Aufgrund der schwierigen Finanzsituation ist die SVP im Moment gegen eine neue Stelle in diesem Bereich. Umso mehr muss man einfach die Geisteshaltung ändern, denn die soziale Wohlfahrt, die von den Mitte links Parteien über die letzten Jahrzehnte aufgebaut worden ist, bringt Kriens, den Kanton und den Staat in einen finanziellen Abgrund. Vielen Sozialbezüger und Migranten wird es leicht gemacht. Wenn das Sozialamt mehr bezahlt als jemand verdienen kann, ist die Motivation klein, eine Arbeit zu übernehmen. Zum andern muss die Zuwanderung kritischer beurteilt werden. Kriens darf nicht der Platz sein für Schmarotzer und Ausbeuter. Dort muss der Hebel angesetzt werden.

Johanna Dalla Bona namens der FDP bedauert die Haltung des Gemeinderates nur aufgrund der akuten Finanzlage auf eine 100 % Stelle zu verzichten. Die Zahlen in der Gemeinde Emmen und Root sprechen klar für ein systematisches Controlling. Diese Stelle ist nicht nur kostenneutral sondern führt langfristig zu massiven Einsparungen. Es muss nicht zwingend eine Vollzeitstelle sein, auch ein Teilzeitpensum bringt den gewünschten Erfolg. Weiter würde dies zu einer Entlastung der Sozialarbeiter führen und zudem hat die Prüfung der Balmer Etienne aufgezeigt, dass sozialversicherungstechnische Ansprüche nicht juristisches Fachwissen benötigen. Das systematische Controlling ist eine Schwachstelle auf dem Sozialamt.

Gemäss Judith Luthiger zeigt der Bericht auf, dass die Mitarbeitenden im Sozialamt sehr gute Arbeit verrichten. Es zeigt sich einmal mehr, dass sie enorm viele komplexe Aufgaben erfüllen müssen und unter hohem Leistungsdruck stehen. Es gibt intern klare Handlungsabläufe wie die Fachleute bei den diversen Gesuchen vorgehen müssen. Dem 4-Augen-Prinzip wird grosse Bedeutung beigemessen. Richtig und wichtig findet die SP auch, dass die Datenbanken der Gemeindestellen (AHV-Zweigstelle, Einwohnerkontrolle, Zivilstandesamt, Steuerverwaltung) routinemässig abgefragt werden. Diese Zusammenarbeit ist zwingend und kann Fehleinschätzungen verhindern.

Balmer Etienne hat in der Sonderprüfung ebenfalls die sehr gute Arbeitsweise im Sozialdepartement bestätigt. In der FGK wurde dieser Bericht damals diskutiert und die Empfehlung eine juristisch, versierte Person für die Prüfung sozialversicherungsrechtlicher Fragen beizuziehen gutgeheissen. Dass auf diese vorgeschlagene Massnahme nun aufgrund von Sparmassnahmen verzichtet werden muss, ist schade, da der Lohn des Angestellten sich mit den Erträgen, wie sie im Fallbeispiel Emmen aufgezeigt wird, in etwa die Waage hält. Die SP könnte sich eine Teilzeitstelle vorstellen, die kostenneutral geschaffen werden könnte. Eine solche Stelle würde den Mitarbeitenden eine zusätzliche Sicherheit geben und auch für die Bevölkerung wäre dies eine zusätzliche vertrauensbildende Massnahme. Vielleicht gibt es eine Möglichkeit, eine solche Stelle zusammen mit einer Nachbargemeinde zu realisieren, wie dies beim Sozialinspektor der Fall ist?

Bruno Bienz unterstützt seine Vorrednerin. Es ist schade, dass die SVP nicht über ihren Schatten springen und nur ihr Parteiprogramm runterlesen kann. Es wäre schön, wenn diese zusätzliche kostenneutrale Stelle geschaffen werden könnte.

Für Michael Günter kann mit der Schaffung einer neuen Stelle das Problem nicht gelöst werden. Das Problem ist auch nicht in der Administration, sondern in der Mentalität zu finden. Der Schwelleneffekt ist mittlerweile anerkannt. Es gibt Gesetze und der Sprecher hat Einblick und das Wissen, wie diese angewendet werden. Er nennt dazu ein Fallbeispiel. Michael Günter ist sich nicht sicher, ob das Mentalitätsproblem durch die Politik gelöst werden kann.

Johanna Dalla Bona glaubt, dass die SVP nicht verstanden hat, um was es geht. Mit dem systematischen Controlling können Sozialkosten eingespart werden. Die 100 %-Stelle wäre kostenneutral und man könnte längerfristig Geld gewinnen.

Monika Marbacher gibt Michael Günter recht. Gewisse Mentalität kann nicht abgeschlagen werden. Dies betrifft aber einen kleinen Teil. Die SVP begreift nicht, um was es geht. Für das Controlling braucht es Stellenressourcen.

Martin Heiz stellt fest, dass der Gegenstand des Postulats im Kompetenzbereich des Gemeinderates liegt und es somit als erledigt gilt.

7. Bericht Petition: Für eine bedarfsgerechte schulergänzende Kinderbetreuung im Quartier Obernau (ab Schuljahr 2011/2012)

Nr. 170/10

Gemäss Cyryll Wiget ist im Bericht festgehalten, was der Gemeinderat gerne möchte. Er ist der Überzeugung, dass mit den drei bestehenden Kreisen (Kuonimatt/Roggern, Zentrum und Obernau/Meiersmatt) die wichtigsten Bedürfnisse abgedeckt sind. Zusätzliche Bedürfnisse können mit dem Tagesplatzverein gelöst werden.

Den Petitionären wurde ein entsprechendes Antwortschreiben zugestellt. Die Geschäftsführung des Frauenvereins hat die vorhandenen Bedürfnisse geprüft. Es haben zwar über 50 Personen unterschrieben, davon ist aber kein Kind aus dem Gebiet Obernau. Weiter gab gemäss Auskunft des gemeinnützigen Frauenvereins (GFV) keine Anfragen aus dem Obernau für einen Platz im Hort Meiersmatt. Der Gemeinderat ist der Meinung, mit dieser moderaten Lösung auf dem richtigen Weg zu sein. Sofern genügend Kinder das Angebot nutzen, könnte ein Mittagstisch auf das Schuljahr 2012/2013 eingerichtet werden.

Martin Heini erwähnt, dass die USK das Anliegen der Petitionäre prüfte und auch die Übereinstimmung mit der Absicht des Gemeinderates für einen Ausbau der schulergänzenden Kinderbetreuung eruierte. Das Anliegen ist berechtigt. Das Quartier Obernau ist in den letzten Jahren stark gewachsen. Der Hort Meiersmatt soll vorerst den oberen Dorfteil abdecken, auch das Obernau. Weitere Horte sind schrittweise geplant, so aber im unteren Dorfteil (Roggern) mit Abdeckung Kuonimatt. Die Forderung der Petition auf Schuljahr 2011/12 ist so nicht machbar und wird auch nicht vom Gesetz verlangt. Vielmehr aber auf das Schuljahr 2012/13. Man muss das Risiko abchecken, dass die Kindertagesstätten nicht gefüllt werden. Wie gesagt, hat das Gebiet Roggern Priorität.

Die Schwierigkeit ist klar erkennbar, dass man die Jüngsten nicht mit dem Bus ins Zentrum oder die Kinder für kurze Zeit schicken (z.B. Mittagstisch) kann. Deshalb ist das Verständnis für eine Betreuung über den Mittag im Quartier vorhanden und es müssen Lösungen gesucht werden. Vielleicht ist auf das Schuljahr 2011/12 hin mit dem Tagesplatzverein (Nutzung bestehender Strukturen) oder ev. mit einer Nutzung der freier Mittagskapazitäten im Heinrich-Walter-Haus eine Möglichkeit vorhanden, das Problem zu lösen.

Es ist jedoch zu beachten, dass die Betreuungen der Horte durch den GFV erfolgt. Dieser muss sich auch weiter organisieren. Die USK bittet den Gemeinderat, wenn die Petition schon als erledigt abgeschrieben wird, sein Vorgehen auch den Petitionären gegenüber transparent zu machen. Die USK stützt das Vorgehen des Gemeinderates und das Abschreiben der Petition.

Gemäss Monika Marbacher attestiert die BiK den Petitionären, dass für die Einführung von schulergänzender Kinderbetreuung im Quartier Obernau ein Bedürfnis besteht. Eine neue Bedarfsermittlung liess man nach anfänglichem Befürworten wieder fallen. Ein Teil der BiK war der Auffassung, dass die Eltern mit der Einführung von schulergänzenden Kinderbetreuung Selbstverantwortung abgeben, der Staat hingegen zu viel Verantwortung übernehmen müsse. Eine Grundsatzdiskussion erübrigte sich, weil die Einführung von schulergänzenden Tagestrukturen im Volksschulbildungsgesetz gesetzlich verankert ist. Die Quartiere Meiersmatt und Obernau sind relativ nahe. Dennoch ist die BiK der Meinung, dass der Weg zum Hort Meiersmatt für die kleinen Kinder vom Obernau fast nicht machbar ist. Man war deshalb mehrheitlich der Meinung, dass man im Obernau das Angebot eines Mittagstischs einführen sollte. Ein Mittagstisch im Obernau könnte mit wenig Aufwand eingeführt werden, indem man z.B. im Schulhaus Obernau einen Raum dafür zur Verfügung stellen würde.

Gemäss Patrick Koch ist die SVP der Meinung, dass mit den bestehenden und geplanten Schülerhorten das Gemeindegebiet abgedeckt werden kann und somit der gesetzliche Auftrag erfüllt wird. Es wäre zudem verfehlt, im Obernau einen zusätzlichen Hort zu schaffen, wenn die bestehenden Horte nicht ausgelastet sind. Das Obernau liegt ungefähr gleich nahe dem Schulhaus Meiersmatt, wie die Kuonimatt zum Schulhaus Roggern. Wird dann auch noch in der Kuonimatt ein Kinderhort geschaffen, dann im Schulhaus Gabeldingen usw.? Die finanzielle Situation der Gemeinde schafft keinen Spielraum. Es gilt Wünschbares von Nötigem zu trennen. Die Petitionäre äussern im letzten Satz ihres Begehrens den Wunsch um Mitgestaltung. Dies ist genau der richtige Ansatz. Diese Eigeninitiative muss gefördert werden. Das Petitionskomitee soll im Obernau ein Elternnetzwerk auf privater Basis aufbauen. Der nötige Support der öffentlichen Hand in der Anfangsphase dieses Projektes sollte zugesichert werden.

Christine Kaufmann betont, dass die CVP/JCVP-Fraktion mit der Planung der schulergänzenden Kinderbetreuung des Gemeinderates einverstanden ist und die schrittweise Umsetzung unterstützt. Mit der Eröffnung des Schülerhorts Heinrich-Walther-Haus wurde das Zentrum und mit der Eröffnung des Schülerhorts Meiersmatt das Gebiet Meiersmatt/Obernau abgedeckt. Weiter ist der Hort im Gebiet Roggern/Kuonimatt in der Planung.

Leider ist der Schülerhort im Meiersmatt für die Kleinen vom Obernau zu weit weg. Für die Kindergärtner wie auch die Erstklässler ist dieser Weg weder mach- noch zumutbar. Man bedenke auch, dass die Kinder im Kindergarten 5 Jahre und die Erstklässler 6 Jahre alt sind. Für die älteren Kinder ist der Weg zum Hort Meiersmatt zumutbar und kein Problem.

Gemäss den Petitionären besteht eine Nachfrage. Für wie viele Familien der Bedarf ist, ist noch nicht klar. Daher ist eine Bedarfsabklärung nötig. Die CVP/JCVP-Fraktion ist der Meinung, dass die Gemeinde sich dem Anliegen der Petitionäre und den besorgten Eltern annehmen und Hand für eine pragmatische und adäquate Lösung bieten soll. Das kann z.B. in Form von unentgeltlichen Räumlichkeiten im Schulhaus Obernau sein oder in Form einer aktiven Begleitung zwecks Findung einer geeigneten Übergangslösung, so dass die Eltern sicher selber oder

über den Tagesplatzverein organisieren können. Die CVP/JCVP-Fraktion denkt hier ganz klar an eine pragmatische, angemessene und unbürokratische Lösung.

Bereits vor 40 Jahren gab es im Obernau einen Mittagstisch, die sogenannte Milchsuppe. Das war ein wichtiges Betreuungsangebot für alle Kinder mit einem langen Schulweg. Die Kinder kamen von den weiter weg liegenden Höfen, damit diese den langen Schulweg nicht vier Mal pro Tag zu marschieren hatten. Man sieht, die Obernauer Bauern waren einem bereits weit voraus.

Wie alle wissen, ist jede Person berechtigt, dem Einwohnerrat oder dem Gemeinderat mit einer Petition schriftlich Wünsche, Anliegen oder Beanstandungen vorzubringen. Mit dieser Petition haben sich engagierte Bürger mit ihrem Anliegen an die Gemeinde gewendet. Eine Petition ist immer auch eine Stimme direkt aus dem Quartier. Solche Quartierstimmen muss der Einwohnerrat ernst nehmen. Darum ist für die CVP/JCVP-Fraktion das Anliegen der Petition mit dem vorliegenden Bericht noch nicht erledigt. Sie stellt den Antrag auf Nicht-Abschreibung und erwartet vom Gemeinderat einen ausführlichen Bericht über das weitere Vorgehen.

Roger Erni erwähnt, dass die FDP hinter dem Bericht des Gemeinderates steht. Herr Purtschert ist Ende November mit einem persönlichen Mail auch an seine Partei gelangt. Dies darum, weil sich die FDP im 2008 stark für das additive Modell der Tagesschule eingesetzt hat. Dieser Einsatz hat sich gelohnt. Die FDP versteht das Anliegen der Petitionäre. Die Gemeindefinanzen lassen jedoch im Moment nicht zu, den gesetzlichen Auftrag schneller als schrittweise einzuführen. Nach Meiersmatt und im nächsten Schritt dem Hort Roggern kann das Gemeindegebiet grob abgedeckt werden. Weitere Angebote, wie eben konkret der Hort bzw. der Mittagstisch Obernau, müssen aber zwingend folgen, wenn der Bedarf ausgewiesen ist. Die FDP ist froh, dass der Gemeinderat das Anliegen insofern aufnimmt, dass wenigstens allenfalls kurzfristiger ein Mittagstisch eröffnet werden kann, wie am Schluss des Berichts zu lesen ist.

Für Martin Heini zeigt das Anliegen der Obernauer Bevölkerung deutlich, dass die Kinder auch in den Randregionen der Gemeinde an Schultagen betreut werden wollen. Kriens hat sich für das Hortsystem entschieden und die Trägerschaft durch den GFV. Mit dem Hort Meiersmatt werden zurzeit gute Erfahrungen gemacht. Das Konzept soll weiterentwickelt und schrittweise auf das ganze Gemeindegebiet ausgedehnt werden. Die SP anerkennt diese Erfolge und wünscht sich ein zügiges Ausbreiten dieser Angebote.

Strukturen sind vorhanden, nun müssen aber Mittel und Infrastruktur eingesetzt werden. Auch Betreuungspersonen stehen nicht einfach so zur Verfügung, der GFV muss wachsen. Aber leider schränken auch begrenzte finanzielle Mittel ein. Deshalb müssen Prioritäten gesetzt werden, wie dies im Roggern der Fall ist. Die SP unterstützt das Anliegen der Petitionäre voll und ganz und hofft auf zügiges Umsetzen der Betreuungskonzepte. Sie zählt auf einen Schritt, wenn auch nur ein Schrittlchen im Obernau, für Schuljahr 2011/12, auch wenn der nächste grosse Schritt erst 2012/13 vorgesehen ist.

Die SP bittet den Gemeinderat, den Petitionären entgegenzukommen und alles Mögliche für eine Angebotschaffung im Obernau zu unternehmen. In Kenntnis des Wohlwollens des Gemeinderates der Petition gegenüber ist die SP für die Abschreibung und bittet den Gemeinderat, seine geplanten Schritte erklärend darzulegen.

Gemäss Mirjam Kalt werden die Grünen den Bericht zur Petition nicht als erledigt abschreiben. Die Antwort ist ihnen zu wenig konkret. Gründe dafür sind:

- Die Petitionäre fordern eine bedarfsgerechte schulergänzende Kinderbetreuung im Quartier Obernau auf das nächste Schuljahr 2011/2012. Der Gemeinderat möchte dies – ebenfalls gestützt auf das Volksschulbildungsgesetz – ab Schuljahr 2012/13 ermöglichen. Die Spre-

cherin geht davon aus, dass der Gemeinderat genau weiss, dass er diesem Bedarf erst auf das Schuljahr 2012/13 entgegenkommen muss. In diesem Punkt geht der Gemeinderat nicht genau auf das Anliegen des Petitionskomitees ein. Es wäre ja auch zu überlegen, ob es Übergangslösungen geben könnte.

- Das Petitionskomitee spricht von familienergänzenden Tagesstrukturen. Der Gemeinderat will überprüfen, ob im Obernau ein Mittagstisch eröffnet werden kann. Auch hier geht der Gemeinderat nicht korrekt auf die Zielrichtung der Petition ein. Es wird aus dem Bericht nicht klar, um welche Kinderbetreuungsstrukturen es nun gehen soll. Dass die kleinen Kinder nicht bis ins Meiersmatt gehen können, wurde bereits mehrfach erwähnt.

Die Grünen gehen davon aus, dass wenn sich Einwohnerinnen und Einwohner von Kriens mit einer Petition an die Gemeinde richten und dies mit einer Unterstützung von 55 Unterschriften, ein Bedarf bestehen muss. Obernau ist ja ein kinderreiches Quartier. Es wäre also abzuklären und im Bericht festzuhalten, inwiefern ein Bedarf besteht oder wie dieser abgeklärt werden will. Cyrill Wiget hat zwar bereits gesagt, dass beim Hort Meiersmatt keine Anfragen aus dem Obernau eingetroffen sind. Dies genügt jedoch nicht als Bedarfsklärung. Zudem ist die Frage nicht geklärt, wie das Petitionskomitee einbezogen wird und wie der Fahrplan des weiteren Vorgehens aussieht.

Der Grünen Partei ist eine bedarfsorientierte und familienergänzende Kinderbetreuung für die ganze Bevölkerung wichtig und sie bittet den Gemeinderat, dieses Anliegen professionell anzugehen und die Antworten auf die aufgeworfenen noch offenen Fragen zu bringen.

Daniel Piazza namens der JCVP gratuliert den 55 Obernauer Petitionären zu ihrem Mut und ihrem Engagement und dass sie sich mit ihrer Petition für eine schulergänzende Kinderbetreuung in ihrem Quartier stark machen. Die Petition ist ein Erinnerungs-Alarm zu Handen von der Krienser Politik, um für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie in der Gemeinde erstens Mehr zu tun und es zweitens dies schneller zu realisieren.

Immer mehr Väter kommen am Mittag nicht mehr nach Hause und immer mehr Mütter sind berufstätig. Diesen unveränderbaren Entwicklungen muss man in Kriens aus pädagogischen, familienpolitischen und ökonomischen Gründen ehrlich ins Gesicht schauen und optimal begegnen. Die JCVP unterstützt die Stossrichtung der Petitionäre zu 100 %. Die JCVP ist aber gegen die Erledigung. Und zwar weil sie den politischen Druck hoch halten will. Mit der Erledigt-Erklärung besteht das Risiko, dass dieses Anliegen in der operativen Hektik in der Krienser Politik untergeht. Der Gemeinderat soll das klare Signal erhalten, noch mehr weg von der Bremse zu gehen und zusätzlich in der schulergänzenden Kinderbetreuung Gas zu geben. Kinderbetreuungsangebote sind ein Standortvorteil für Familien als Wohnort. Zudem gilt dies auch als nicht zu vernachlässigender Standortfaktor für Unternehmen.

Weiter belegen Studien, dass soziales Lernen und der Spracherwerb durch Kinderbetreuungsangebote verbessert werden und zudem fließt für jeden für Kinderbetreuungsangebote eingesetzten Franken Fr. 1.80 zurück in die Gemeindekasse. Sei es in Form von eingesparten oder verminderten Sozialhilfekosten oder zusätzlichen Steuereinnahmen. Das ist das Resultat einer eindrücklichen Studie für die vergleichbare Nachbargemeinde Horw. Gerade Kriens mit seinem angeschlagenen Finanzhaushalt könnte diese ökonomisch wünschbaren Anreize dringend brauchen. Ausgaben in Kinderbetreuungsangebote sind in der Wirkung also keine Konsumausgaben für die Gemeinde sondern echte Investitionen. Investitionen zugleich auch in die Zukunft der Kinder und damit wiederum auch der Gemeinde.

Die JCVP begrüsst den Vorschlag des Gemeinderats, im Obernau einen Mittagstisch zu eröffnen. Aber damit darf die Petition aus Sicht der JCVP auf keinen Fall für erledigt erklärt werden. Vielmehr wird vom Gemeinderat gewünscht, dass er auf dem ganzen Gemeindegebiet eine Bedarfsabklärung macht und dem Einwohnerrat einen Bericht vorlegt, wie er gedenkt, den Bedarf in den Krienser Quartieren abzudecken. In Zukunft soll er dies alle zwei Jahre machen, damit

Ab- und Aufbau von Angeboten stets bedarfsgerecht sind und bleiben. Denn die Kosten solcher Bedarfabklärungen tendieren gegen Null, während der Nutzen finanziell und immateriell sowohl für die Gemeinde wie auch für die Familien beeindruckend hoch sind. Die von den Petitionären geforderte bedarfsgerechte schulergänzende Kinderbetreuung schafft damit eine Win-Win-Situation für alle. Was will man mehr?

Martin Heiz stellt fest, dass die Petition im Kompetenzbereich des Einwohnerrates liegt und über die Abschreibung abgestimmt werden muss. Wenn die Petition nicht abgeschrieben wird, muss der Gemeinderat einen erneuten Bericht erstellen.

Cyrill Wiget zitiert § 21 der Gemeindeordnung: *Jede Person ist berechtigt, dem Einwohnerrat oder dem Gemeinderat mit einer Petition schriftlich Wünsche, Anliegen oder Beanstandungen vorzubringen. Das angerufene Organ hat innert sechs Monaten zur Petition Stellung zu nehmen.* Der Gemeinderat hat mit dem Bericht Stellung zum Anliegen genommen. Nun muss der Einwohnerrat die Umwandlung der Petition beantragen oder einen neuen Vorstoss einreichen.

Die Stellungnahme des Gemeinderates wurde dem Petitionskomitee zugestellt. Für den Gemeinderat ist dies somit erledigt. Das neue Volksschulbildungsgesetz verlangt, dass die Eltern den Bedarf anmelden müssen und der Gemeinderat in der Folge reagiert. Man hat bei der Budgetdebatte nicht etwas "vorgeklönt". Die finanziellen Mittel fehlen wirklich für eine sofortige Realisierung des Anliegens.

Gemäss Martin Heiz ist die Petition mit dem Bericht beantwortet. Früher wurde dies anders gehandhabt. Wenn die Petition weiterbehandelt werden soll, muss ein entsprechender Vorstoss eingereicht werden.

Mirjam Kalt stellt klar, dass es im Bericht anders steht, nämlich dass Einwohnerrat abschliessend über die Petition entscheiden kann. Man ist darum auch davon ausgegangen, dass über die Petition abgestimmt wird.

Kathrin Graber ist derselben Meinung. Die Petition liegt im Kompetenzbereich des Einwohnerrates und darum gibt es auch eine Abstimmung. Die Petition ist gleich zu behandeln wie ein Postulat. Es gilt der Grundsatz, dass die Petition zuerst überwiesen werden muss. Das Anliegen muss ernst genommen werden. Schliesslich wurde die Petition mit 55 Unterschriften eingereicht. Darum darf sie nicht abgeschrieben und als erledigt erklärt werden.

Michael Günter ist der Meinung, dass die Petition mit dem vorliegenden Bericht erledigt ist. Die Petition ist dafür da, ein Anliegen vorzubringen. Die Antwort des Gemeinderates liegt vor, und er hat diesbezüglich richtig gehandelt. Eine Volksmotion wäre das richtige Instrument gewesen, um im Einwohnerrat darüber abzustimmen.

Daniel Piazza stellt klar, dass ein Bericht auch abgelehnt werden kann.

Martin Heiz macht beliebt, die Petition wie ein Postulat zu behandeln.

Michael Günter warnt vor diesem Vorgehen. Es kann nicht sein, dass jeder Einwohner mittels einer Petition an den Einwohnerrat gelangen kann und dies dann wie ein Postulat behandelt wird. Eine Petition ist etwas anderes als ein Postulat.

Gemäss Cyрил Wiget hat der Gemeinderat die gleiche Auffassung wie Michael Günter. Hier geht es aber um die Praxis, die dem Gemeinderat Sorge bereitet. Die Petitionäre haben die Petition dem Gemeinderat und dem Einwohnerrat eingereicht. Wenn diese Praxis eingeführt wird, kann es Probleme geben.

Der Gemeinderat gibt betreffend Betreuungsangebote Gas – zurzeit im unteren Dorfteil. Es kann und darf nicht sein, dass man fast leere Häuser hat. Es ist enorm aufwändig gewesen, den Hort im Meiersmatt zu realisieren. Dieser kann nun nicht einfach nach Lust und Laune auf- und abgebaut werden.

Judith Luthiger hat eine pragmatische Lösung: Die SP, CVP und Grünen sind sich einig, dass das Anliegen der Petition weiterverfolgt werden soll. Sie können zusammen einen entsprechenden Vorstoss einreichen. Von Cyrill Wiget will die Sprecherin wissen, wie der Gemeinderat es den Familien mitteilen will, dass sie ab 2013 selber den Bedarf an Betreuungsplätzen anmelden müssen.

Daniel Piazza präzisiert, dass er in seinem vorgängigen Votum nicht der Meinung war, dass man die Horte flexibel auf- und abbauen müsste, sondern dass dies beim Mittagstisch möglich wäre.

Für Kathrin Graber braucht es keinen neuen Vorstoss. Sie ist der Meinung, dass über die Petition abgestimmt werden muss. Wenn man nicht weiss, wie die Petition zu behandeln ist, soll die alte Praxis angewendet werden. Weiter ist die Sprecherin überrascht, wie die SVP mit einem Volksrecht umgeht. Hat die SVP Angst vor einer Abstimmung?

Martin Heiz unterbricht die Diskussion für eine Pause von 16:45 Uhr bis 16:15 und bittet alle Fraktionschefs, um eine kurze Besprechung.

Martin Heiz teilt mit, dass aufgrund des gedrängten Zeitplans spätestens um 17:00 Uhr die beiden dringliche Vorstösse behandelt werden. Während der Pause haben sich die Fraktionschefs darauf geeinigt, eine Abstimmung zur Abschreibung der Petition durchzuführen. Die Geschäftsleitung wird diskutieren, wie eine Petition künftig gehandhabt wird.

Abstimmung

Mit 18:13 Stimmen wird die Petition nicht abgeschrieben.

Aakti, Brahim	nein
Baumgartner, Werner	nein
Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	nein
Bründler, Anton	ja
Bründler, Josef	ja
Dalla Bona, Johanna	ja
Erni, Roger	ja
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	nein
Graber, Kathrin	nein
Graf, Alfons	ja
Günter, Michael	ja

Hahn, Alex	nein
Heini, Martin	nein
Kalt, Mirjam	nein
Kaufmann, Christine	nein
Kiener, Beatrice	ja
Koch, Patrick	ja
Konrad, Simon	ja
Lammer, Thomas	ja
Luthiger, Judith	nein
Marbacher, Monika	nein
Müller, Ursula	nein
Nyfeler, Nicole	n.t.
Piazza, Daniel	nein
Portmann, Peter	ja
Schwizer, Roland	nein
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	nein
Wespi, Peter	ja
Willi, Alexander	nein

Martin Heiz hält fest, dass der Gemeinderat nun innerhalb von 6 Monaten einen neuen Bericht zur Petition verfassen muss, analog der früheren Regelung.

8. Interpellation B. Bienz: Illegale Bauten in Kriens

Nr. 172/10

Gemäss Martin Heiz liegt eine schriftliche Antwort vor. Er fragt, ob Bruno Bienz eine Diskussion verlangt.

Bruno Bienz verlangt eine Diskussion.

Martin Heiz stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Bruno Bienz dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung seiner Fragen. Neben finanziellen Altlasten besteht auch in diesem Bereich noch eine Altlast. Man findet es peinlich, wenn andere bestimmen müssen, was Recht oder Unrecht ist. Es ist für die Bürger ein schlechter Dienst, wenn fragwürdige Bauten bewilligt werden oder auch illegal erstellte Bauten jahrelang ohne Konsequenzen geduldet werden. Irgendwann rächt sich die Sache und irgend jemand muss später meistens dafür büssen. Er geht noch auf ein paar Fragen ein:

Zur Frage 4: Der Gemeinderat hat, wie erwähnt, mehrmals die Baubewilligung verweigert. Wie ist dann aber die Passivität des Gemeinderates zu verstehen, dass trotz Verweigerung Bauten erstellt wurden und die Kontrollbehörde tatenlos 50 Jahre die Augen zugedrückt hat?

Zur Frage 5: Hier erwartet man vom Gemeinderat, dass bei Vorliegen des aktualisierten Hüttenkatasters der Einwohnerrat über allfällige widerrechtliche oder nicht bewilligte Bauten sowie das weitere Vorgehen proaktiv informiert wird.

Für die Grünen ist klar, dass illegale Bauten in der Schutzzone auch mit nachträglich gestellten Baugesuchen nicht bewilligungsfähig sind. Man wartet gespannt auf den 30. April und wird sich gegebenenfalls wieder melden.

Gemäss Matthias Senn ist es interessant, wenn man die Entscheide der 60er-, 70er- und 80er-Jahren nachliest. Ob man es damals rechtlich noch nicht so klar geregelt hat oder ob man einfach den Mut nicht hatte, weiss er nicht. Er ist einverstanden damit, wenn der Gemeinderat aktiv informiert, was mit dem Ergebnis des Hüttenkatasters gemacht wird.

9. *Interpellation Portmann: Auswirkungen allfälliger Synergieeffekte einer Fusion mit der Stadt Luzern und der Gemeinde Kriens gegenüber der Krienser Gemeindeangestellten* **Nr. 173/10**

Gemäss Martin Heiz liegt eine schriftliche Antwort vor. Er fragt, ob eine Diskussion verlangt wird.

Peter Portmann dankt dem Gemeinderat für die knappe und etwas schwammige Beantwortung und verlangt eine Diskussion.

Martin Heiz stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Peter Portmann hält fest, dass bei einer Gemeindefusion die Mitarbeitenden der Gemeindeverwaltung am stärksten betroffen sind. Diese müssen meist den Arbeitsort wechseln, sich in neue Verwaltungsstrukturen integrieren und riskieren letztlich sogar den Verlust Ihres Arbeitsplatzes. Es wundert ihn eigentlich, warum es seitens der Gemeindemitarbeitenden nicht zum Widerstand gegen Gemeindefusionen kommt. Oder muss man annehmen, dass alles unter dem Deckel gehalten wird und nichts öffentlich gemacht werden darf? Offenbar will oder kann der Gemeinderat das Personal nicht frühzeitig in die Gemeindefusion einbeziehen. Das Einsparungspotential beträgt schliesslich 20 Mio. Franken, dies entspricht etwa 150 Stellen. Da müsste eigentlich besonders bei den Linken die Warnlampen aufleuchten. Denn die Gemeindeangestellten mutieren so zu „Fusionsleichen“. Von den Linken hört man immer Schlagwörter wie sozial, Leistungsabbau, Gerechtigkeit usw., aber von der bevorstehenden Stellenvernichtungsaktion ist aus der linken Ecke nichts zu hören. Die Antwort des Gemeinderates zeigt wieder einmal, dass es in der Fusionsfrage keine Transparenz gibt. Eigentlich hätte er bei der Beantwortung dieser Interpellation einige Beispiele aus Littau erwartet. Vor allem bei der Frage 5, da geht es um neue Arbeitsverträge im Falle einer Fusion.

Helene Meyer-Jenni erklärt, dass die vorliegende Beantwortung in sehr enger Zusammenarbeit mit dem zuständigen Personalchef, Paul Winiker, verfasst wurde. Die Ausführungen des Interpellanten bedürfen einer Präzision. Man befindet sich nach wie vor in der Abklärungsphase. Welcher Weg (Fusion, verstärkte Kooperation oder Status quo) eingeschlagen wird, ist noch nicht entschieden. Bei einer Vertragsvorbereitung werden die Fragen des Interpellanten geklärt, aber noch nicht in der Abklärungsphase. Die Mitarbeitenden der Gemeinde sind sehr wohl sehr gut über das Projekt informiert. Vor allem die Abteilungsleitungen sind in den verschiedenen Fachgruppen direkt involviert und haben darin mitgearbeitet. Paul Winiker und Matthias Senn

waren auch in Fachgruppen mitgearbeitet, Helene Meyr-Jenni selber ist in der Projektsteuerung. Die Abteilungsleitungen haben sehr wohl gesehen, was für Ergebnisse daraus resultieren könnten. Einsparungen kann es über Arbeitsstellen geben, aber nicht nur. Sie bittet um gewisse Geduld und Seriosität. Die Sorge um das Personal hat den Gemeinderat gefreut. Man soll sich auch um das Personal sorgen im Zusammenhang mit dem Voranschlag 2011. Das ist das Thema, welches bei den Mitarbeitenden im Moment massiv „brennt“.

Gemäss Alex Hahn gibt es eine Internetseite (www.luzern-business.ch → Wirtschaftsförderung Luzern → Downloads → Studien & Präsentationen → Starke Stadtregion Luzern), welche den Vorgang der Fusion Littau-Luzern sowie deren Ergebnisse aufzeigt. Für die Beantwortung der Fragen bezieht er sich auf die gemachten Erfahrungen der Fusion Luzern-Littau im heutigen Zeitpunkt.

Zur Frage 1 und 5: Littau benötigte vom Moment der Annahme des Fusionsvertrages durch das Volk drei Jahre bis zum Vollzug. Eine Orientierung ist also erst notwendig, wenn die Vernehmlassung ansteht, die sechs Jahre vor dem Vollzug der Fusion angestrengt wurde.

Zur Frage 2 und 3: Mit dem Kader wurde während den Fusionsvorbereitungen folgender Konsens geschaffen: von 21 Kadermitarbeitenden bekamen 14 davon neue Stellen bei der Stadt, 7 Kadermitglieder traten aus. Von den 71 Mitarbeitenden bekamen 57 davon eine neue Stelle bei der Stadt, 12 traten aus und 2 wurden pensioniert.

Zur Frage 4: Littau vergab eine gewisse Zeit vor der Fusion nur noch befristete Stellen.

Zur Frage 7: Littau war die erste Gemeinde, die „Ja“ zur Fusion sagte. Man kann davon ausgehen, dass Luzern daran interessiert war, die frei werdenden Gemeindeangestellten zu versorgen. Wie das mit einer nächsten Fusion gehandhabt wird, steht in den Sternen.

Weiter führt er aus, dass der Schlussbericht für das Projekt „Starke Stadtregion“ Ende 2010 vorliegen wird, danach beginnt die politische Diskussion. Man kann sich mit Recht fragen, wie so man kurz vor Abschluss einen politischen Prozess abzuwürgen versucht. In jedem Betrieb werden Prozesse bis zum Ende geplant. Eine Beurteilung über Erfolg oder Misserfolg lässt sich nur so feststellen. Analog dazu geht es mit den politischen Prozessen. Erst wenn eine abschliessende Planung vorliegt, kann darüber diskutiert werden. In diesem Sinne hält die FDP-Fraktion diese Interpellation für unnötig.

Christine Kaufmann war sehr irritiert, als sie die Interpellation gelesen hatte. Man könnte fast meinen, dass sich die SVP für das Gemeindepersonal sorgt und sich jetzt plötzlich für die Mitarbeitenden einsetzen möchte. Doch bei jeder Gelegenheit, sei es beim Budget oder bei der Personalplanung, ist es genau diese Partei, welche sich gegen das Personal stemmt. Ein Ja zum Budget wäre hier ein klares Zeichen, um sich für das Personal einzusetzen. Für sie ist dies ein Widerspruch.

Judith Luthiger bemerkt, dass man dauernd Stellenabbau, Lohnkürzungen, keine Teuerungen für die Mitarbeitenden verlangt. Die individuelle Lohnanpassung beträgt 1 %, diese wurde mit 1 % Mehrabgabe an die Pensionskasse aber wieder gestrichen. Es ist völlig scheinheilig, wenn sich die SVP nun für das Personal einsetzt. Die Fragen wurden ausserdem zu einem falschen Zeitpunkt gestellt.

Bruno Bienz kann Peter Portmann beruhigen. Die Grünen werden die vorliegenden Fragen zur richtigen Zeit genau anschauen. Aber vielleicht ist es auch so, dass die Gemeindeangestellten bei einer allfälligen Fusion einen gerechteren Lohn und zudem noch eine Teuerung erhalten. Nach heutigem Wissenstand können diese Fragen aber nicht seriös beantwortet werden.

10. Motion Portmann: Sistierung des Projektes "Starke Stadtregion" Nr. 186/10

Gemäss Martin Heiz opponiert der Gemeinderat gegen die Überweisung.

Peter Portmann ist der Meinung, dass die Bevölkerung wieder einmal mehr über den Tisch gezogen wird. Offenbar muss um jeden Preis fusioniert werden, folgende Beispiele zeigen es: Die Stadt Luzern müsste schon lange die Steuern erhöhen. Die finanzielle Lage ist dort schlimmer als in Kriens. Aber nein, der Steuerfuss wird dort bewusst tief gehalten, um die Fusion nicht zu gefährden. In Littau wird der Korruptionsskandal wegen der Abgangsentschädigung sogar totgeschwiegen. Erschreckend ist der Bericht der Gemeinde Adligenswil, in welchem zu entnehmen ist, dass die Fachgruppenberichte verschönert und manipuliert werden. Auch über den Kantonsbeitrag über 80 Mio. Franken wurde noch nicht abgestimmt. Ob dieser jemals freigestellt wird, ist auch fraglich. Es gibt zu viele Unklarheiten und zu wenig Transparenz. Nachdem immer mehr Agglomerationsgemeinden ihre Steuern senken, wird der Kreis der Fusionsgemeinden immer kleiner und am Schluss hat man eine einzige grosse Steuerhölle. Eines ist klar: Man schickt das falsche Pferd zu früh ins Rennen, es geht in die falsche Richtung und man merkt es erst, wenn man das Rennen verloren hat. Er bittet, die Motion zu überweisen

Gemäss Helene Meyer-Jenni gibt es zur Begründung nicht viel zu ergänzen. Es ist wahrscheinlich eine gewagte Aussage, dass die finanzielle Lage der Stadt Luzern schlimmer ist als die in Kriens. Der Motionär bezieht sich zudem auf einen Bericht des Gemeinderates Adligenswil. Es ist erstaunlich, dass interne Stellungnahmen anderer Gemeinden auf so viel Interesse und Gehör des Motionärs stossen. Die Thematik betreffend dem unklaren Kantonsbeitrag wird selbstverständlich geklärt. Sie fragt sich, weshalb der Motionär nicht das höchste Interesse hat, die Abklärungsphase endlich abzuschliessen, die Resultate auf den Punkt zu bringen und zu entscheiden. Für den Gemeinderat ist das Vorausschauen in den nächsten Jahren ganz wichtig, und nicht immer zu sistieren und sich selber zu blockieren.

Hans Fluder informiert, dass am Dienstag, 16. November 2010 das Komitee für ein eigenständiges Kriens (KeK) im Scala einen Informationsabend durchführte. Als Gast war ein ehemaliger Einwohnerrat aus Littau, Peter Wirth, eingeladen, um ein Referat zu halten und die ersten Erkenntnisse der Fusion zu erläutern. Er fasst den Inhalt der interessanten Erläuterungen betreffend der vollzogenen Fusion zwischen dem ehemaligen Littau/Reussbühl zu Luzern kurz zusammen:

- Der Name Littau / Reussbühl verschwand auf den Ortstafeln. Dies wurde vorgängig in keinem Dokument erwähnt.
- Reussbühl hatte bis anhin 3 - 4 Ärzte, welche im Telefonbuch leicht gefunden werden konnten. Nach dem Zusammenschluss sind nun alle Ärzte von Luzern, Littau und Reuss-

bühl gemeinsam im Telefonbuch und es ist nicht ersichtlich, welcher Arzt in Reussbühl tätig ist.

- Dasselbe gilt natürlich auch für Betriebe, welche bis anhin leicht unter dem Ortsnamen gefunden werden konnten und nun im Gross-Luzern zu suchen sind.
- Briefe mit der Postleitzahl „6014 Littau“ kommen nach 6 Monaten wieder retour, weil auf der Adresse nicht „6014 Luzern“ gestanden ist. Normalerweise stellt die Post 1 Jahr nach Wegzug die Briefe nach.
- Der Abendverkauf in Littau / Reussbühl wird nun von Luzern bestimmt.
- In Reussbühl entstand ein neues Gemeindezentrum, welches praktisch nicht mehr gebraucht wird. Um die Einwohner nicht ganz im Stich zu lassen, ist jeweils ein Schalter bedient, wobei die Aufgabe des Angestellten ist, die Leute an die richtige Stelle in Luzern zu verweisen und Ihnen einen Plan auszuhändigen wo sich der richtige Schalter befindet.
- Bodenhofstrasse Bahnhof / Hornbach: jedes Wochenende herrscht ein absolutes Verkehrschaos
2004: Unterführung SBB wurde gebaut
2008: Beschluss des Einwohnerrates Littau: Die Unterführungsstrasse wird gebaut
2009: Die Volksabstimmung wird angenommen.
Nach der Fusion:
2010: Der Bau der Entlastungsstrasse wurde durch Luzern zurückgestellt bis ca. 2016/2020
- Bis anhin wurde der grosse Saal in Littau (St. Michaelshof) von der Gemeinde jährlich mit Fr. 200'000.00 mitfinanziert. Luzern beteiligt sich nun pro Jahr nur noch mit Fr. 100'000.00. Der restliche Betrag wird auf die Benutzenden, sprich die Vereine, abgetreten, welche wiederum kaum eine Chance haben, diese hohen Mieten zu finanzieren.
- Seit der Fusion müssen die Vereine neu für die Turnhallenbenützung zahlen.
- Die Kehrrechtgebühren wurden einfach erhoben.
- Die Parkplatzgebühren wurden erhöht. Neu wird auch in der Zimmeregg-Badi eine Gebühr verlangt, was nicht gerade zur Attraktivität der Badi beiträgt.
- Die Wassergebühren wurden massiv erhöht: bis anhin jährlich Fr. 49.00, neu monatlich Fr. 36.50.

Zum Schluss äussert er noch eine Anregung zum Nachdenken:

Der Sonnenberg und der Schösslihang werden bei einer Volksabstimmung höchstwahrscheinlich überbaut, denn was interessiert die Luzerner und die Ex-Littauer diese schönen Wiesen. Die werden für eine Überbauung stimmen und die Krienser sind in der Unterzahl und werden überstimmt. Man bedenke, dass Luzern über kein Bauland mehr verfügt und deshalb sehr interessiert ist an anderen Gemeinden, welche noch schöne Wiesen zur Verfügung haben. Warum ist Meggen nicht angefragt worden betreffend den Fusionsgesprächen und einem allfälligen Beitritt zu Grossluzern? Man beachte den Steuersatz der Gemeinde Meggen.

Gemäss Roland Schwizer scheint das Projekt „Starke Stadtregion“ ein Lieblingsthema der SVP zu sein. Alleine im Jahr 2010 hat die Partei mit mindestens drei Eingaben zu diesem Projekt die Verwaltung und das Parlament beschäftigt. Wie alle wissen, haben die Krienser Stimmbürgerinnen und Stimmbürger „Ja“ gesagt zu einer Abklärung, wie sich die Stadt Luzern und verschiedene Agglomerationsgemeinden künftig organisieren sollen. Es geht um Abklärungen und nicht um Fusionsverhandlungen. Im Jahr 2008 hat die Gemeinde Kriens die Grundsatzvereinbarung unterschrieben und sich verpflichtet, einen nicht unerheblichen Betrag an die Projektkosten zu leisten. Zur vorliegenden Motion stellt sich die CVP/JCVP-Fraktion verschiedene Fragen:

- Wie kann sich die SVP als Volkspartei über den Volkswillen setzen und den Abbruch des Projekts verlangen, obwohl eine Mehrheit der Krienserinnen und Krienser für die Abklärungen sind?
- Weshalb will die SVP, welche immer sehr für das Sparen ist, auf ein Studien-Ergebnis verzichten, für welches die Gemeinde Kriens viel Geld bezahlt?
- Ein fehlender Entscheid über den Kantonsbeitrag bei einer allfälligen Fusion kann nicht zur Sistierung des Projekts führen, da noch kein Fusionsentscheid vorliegt. Gerade diese Studie soll die Basis liefern, um entscheiden zu können. Und vielleicht ist man dannzumal auf diese Gelder gar nicht angewiesen.
- Welches Image erhält die Gemeinde Kriens kantonsweit, wenn sie aus einem laufenden Vertrag für die Abklärungen aussteigen wird?

Man kann unterschiedlicher Meinung sein über die laufenden Projektarbeiten. Man wird die Resultate zur gegebenen Zeit kritisch würdigen. Im Moment sind aber nicht persönliche Befindlichkeiten gefragt, sondern die Umsetzung des Volkswillens. Und das Volk sagte „Ja“ zu den Abklärungen. Die CVP/JCVP-Fraktion findet es unverantwortlich, aus dem laufenden Abklärungsprozess auszusteigen und ist deshalb gegen die Überweisung der Motion. Zur Bemerkung von Hans Fluder fügt er hinzu, dass er selber in Reussbühl arbeitet und sie jeden Tag Post erhalten, welche mit „6015 Reussbühl“ adressiert ist.

Simon Konrad teilt namens der FDP-Fraktion mit, dass man die vorliegende Motion ablehnt. Man ist der Meinung, dass vorwärts gemacht werden soll. Betreffend der Ergebnisoffenheit hat man ein ungutes Gefühl. Dieses wird bestärkt durch den Umgang mit den Fachgruppenberichten. Die Forderung der Motion würde eine Volksabstimmung voraussetzen.

Judith Luthiger fragt, weshalb die SVP die Abmachungen nicht einhalten wollen. In den Grundsatzvereinbarungen wurde ganz klar definiert, was die Gemeinde Kriens für eine Rolle hat und was abgeklärt werden muss. Das Stimmvolk hat zu diesen Grundsatzvereinbarungen „Ja“ gesagt. Sind der SVP Volksentscheide plötzlich nichts mehr wert? Sollen die demokratischen Grundregeln einfach missachtet werden, nur weil es der SVP nicht in den Kram passt? Die SVP findet immer ein Haar in der Suppe. Dieses Mal ist es der unklare Kantonsbeitrag. Man soll nun den Schlussbericht abwarten und die Bevölkerung entscheiden lassen.

Zum Votum von Hans Fluder bemerkt sie, dass viele weiche Faktoren erwähnt wurden. Genau solche Fragen sollen und müssen diskutiert werden. Es gibt aber nicht nur negative Beispiele, wie er erwähnte, sondern die ehemaligen Littauer haben auch Mehrwerte erhalten. Zum Beispiel ist der Mahlzeitendienst besser geworden, die Menschen haben eine grössere Palette von Menüs zur Auswahl. Es stimmt, dass unschöne Entscheide im Budgetprozess gefällt wurden. Es wurde beispielsweise den Michaelshof erwähnt. Die SP der Stadt Luzern hat sich dann auch stark gemacht, dass die Vereinbarungen eingehalten und nicht einfach Kürzungen vorgenommen werden dürfen. Das sind jetzt die Auswirkungen der Steuersenkungen der letzten Jahre. Das Geld fehlt an allen Ecken und Enden. Die SP lehnt diese Motion einstimmig ab.

Gemäss Mirjam Kalt sind die Grünen klar gegen diese Motion. Folgende fünf Gründe sprechen dafür:

- Das Projekt wurde vom Stimmvolk der Gemeinde Kriens beauftragt.
- Kriens ist in die Abklärungsphase dieses Projektes zusammen mit anderen Gemeinden eingestiegen. Man kann nicht über andere Gemeinden verfügen und das Projekt sistieren.

- Und auch wenn der Einwohnerrat Kriens das Projekt sistieren würde, würde sich am Projekt gar nichts ändern, das Projekt würde seinen weiteren, geplanten Lauf nehmen.
- Das Projekt wurde beauftragt, es wird auch von Kriens bezahlt und jetzt möchte die SVP die Resultate nicht hören? Dies wäre Geld zum Fenster rausgeworfen.
 - Das Projekt wird ergebnisoffen erarbeitet und das Volk kann nächstes Jahr darüber befinden.
 - Motionen dieser Art behindern die Effizienz des Rates und der Gemeindebehörden, darum ist auch ihr Votum kurz und bündig.

Sie erlaubt sich jedoch noch eine Anmerkung zum Votum der SVP. Hans Fluder spricht in seinem Votum gegen die Fusion und bringt Beispiele aus den Erfahrungen der Fusion Luzern-Littau und spricht nicht von dieser Motion. Sie hat sich sogar zeitweise gefragt, ob er vom Budget spricht, denn wenn das Budget abgelehnt wird, dann müsste auch Kriens beispielsweise Gebühren für die Turnhallenbenützung verlangen. Es zeigt sich, dass die SVP mit allen Mitteln gegen die Fusion kämpfen will. Es könnte ja auch sein, dass das Projekt „Starke Stadtregion“ aufzeigen wird, dass sich eine Fusion kaum lohnen wird. Man soll nun Geduld haben und die Resultate abwarten.

Als Alexander Wili die Motion gesehen hatte, hat er sich überlegt, ob er einen Antrag stellen soll um Verschiebung des Geschäfts bis zum Vorliegen des Schlussberichts. Wenn man das Projekt sistiert, werden die Berichte nochmals herausgeschoben. Es wurde jetzt schon genug verzögert. Er hat Verständnis dafür, dass Peter Portmann ein bisschen genug hat. Er selbst war auch bei gewissen Verhandlungen dabei und es gibt verschiedene Personen, welche nun nicht mehr gehen, da es anscheinend keine seriöse Abklärung ist und nicht ergebnisoffen diskutiert wird. Wenn man für Kriens eine vernünftige, klare Abstimmung möchte, muss man warten bis der entsprechende Bericht vorliegt. Das Ganze zu sistieren und herauszuschieben ist noch blöder. Alle haben das Interesse, dass es möglichst bald zur Abstimmung kommt. Dann können die Krienserinnen und Krienser zusammenstehen und aus dem Projekt aussteigen. Aufgrund diesen Ausführungen ist er für die Ablehnung der Motion.

Helene Meyer-Jenni bemerkt, dass es Alexander Wili in einer Aussage auf den Punkt gebracht hat. Es kann einem „den Kragen platzen“, da an jeder Einwohnerratssitzung darüber diskutiert wird. Es sollen nun aber endlich die Resultate gewürdigt und entschieden werden. Daher soll die Motion auf keinen Fall verschoben werden. Nach Abschluss der Abklärungsphase muss man entscheiden, ob es weiter geht oder nicht. Sie verzichtet, inhaltlich darauf einzugehen, was ergebnisoffen ist, was schlecht an den Fachgruppenberichten ist usw. Der Gemeinderat erachtet es als gut, dass es Organisationen und Komitees gibt, welche diese Diskussionen führen. Es gibt viele Leute, welche sich mit dem Projekt und diesen Fragen nicht befassen.

Abstimmung

Die Motion wird mit 24:7 Stimmen nicht überwiesen.

Aakti, Brahim	nein
Baumgartner, Werner	nein
Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	nein
Bründler, Anton	ja
Bründler, Josef	nein
Dalla Bona, Johanna	nein
Erni, Roger	nein
Fluder, Hans	ja

Frey, Maurus	nein
Graber, Kathrin	nein
Graf, Alfons	ja
Günter, Michael	ja
Hahn, Alex	nein
Heini, Martin	nein
Kalt, Mirjam	nein
Kaufmann, Christine	nein
Kiener, Beatrice	Enthaltung
Koch, Patrick	ja
Konrad, Simon	nein
Lammer, Thomas	nein
Luthiger, Judith	nein
Marbacher, Monika	nein
Müller, Ursula	nein
Nyfeler, Nicole	nein
Piazza, Daniel	nein
Portmann, Peter	ja
Schwizer, Roland	nein
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	nein
Wespi, Peter	ja
Wili, Alexander	nein

11. Motion Portmann: Aufhebung der "Kommission für Interkommunale Zusammenarbeit"

Nr. 185/10

Gemäss Martin Heiz opponiert die Geschäftsleitung gegen die Überweisung.

Peter Portmann zieht seine Motion zurück.

12. Dringliche Interpellation Marbacher: Existenzsicherung Gemeinde Kriens

Nr. 193/10

Martin Heiz stellt fest, dass der Gemeinderat diese Interpellation nun beantworten muss.

Paul Winiker hält einleitend fest, dass die Existenzsicherung eigentlich ein Auftrag der Schweizer Armee ist. Er hofft, dass man diese für die Existenzsicherung der Gemeindefinanzen nicht benötigt. Zu den Fragen:

1. *Wie gedenkt der Gemeinderat vorzugehen, sollte das Budget 2011 vom Stimmvolk nicht gutgeheissen werden?*

Der Gemeinderat ist im Falle einer Ablehnung verpflichtet, bis am 31. März eine überarbeitete Budget-Version vorzulegen. Demnach wird das überarbeitete Budget anlässlich der Einwohnerratssitzung vom 24. Februar behandelt werden müssen. Falls dann das Budget wiederum abgelehnt wird, muss dieses dem Regierungsrat zur Festlegung unterbreitet werden. Ab dem 1. Januar bis zum definitiven Budget-Beschluss gilt die Regel, dass der Gemeinderat nur gebundene Ausgaben vollbringen kann. Es besteht dann einen sehr eingeschränkten

Spielraum und es können keine freibestimmbare Ausgaben getätigt werden. Gebunden sind nach Gesetz die Personalausgaben. Bestehende Leistungsvereinbarungen werden ebenfalls weitergeführt, da diese durch einen Vertrag gebunden sind. Weitere Ausgaben und Investitionen müssen erneut überprüft werden. Es können jedoch keine weiteren grosse Beträge eingespart werden, sonst hätte man dies bereits vorher gemacht. Falls der Voranschlag nochmals abgelehnt wird, hat dies auch Auswirkungen auf die Finanzplanung. In der Finanzplanung 2011 – 2019 würden rund 30 Mio. Franken fehlen. Der durchschnittliche Selbstfinanzierungsgrad sinkt von 68 % auf 44 %. Das heutige Eigenkapital von 13,8 Mio. Franken wäre im Jahr 2012 aufgebraucht und würde bis im Jahr 2015 auf minus 9,5 Mio. Franken sinken. Fehlbeträge müssten mit jährlich 10 % abgeschrieben werden. Die Investitionsfähigkeit würde massiv sinken. Der Selbstfinanzierungsgrad sollte im Durchschnitt von 5 Jahren mindestens 80 % erreichen. Wenn der Voranschlag überarbeitet wird, besteht nicht mehr ein Defizit von mehr als 3 Mio., sondern 7 Mio. Franken.

2. Wo würden die durch die Steuererhöhung eingerechneten 3,2 Mio. Franken eingespart?

Man ist sich einig, dass kurzfristig nicht weitere 3,2 Mio. Franken gespart werden können. Das Paket umfasst bereits Sparanstrengungen aus der Auslegeordnung von 1,8 Mio. Franken. Dies beinhaltet 70 Einzelmassnahmen. Weiter müssen im Jahr 2012 und 2013 nochmals Fr. 750'000 gespart werden, damit im 2013 das Ziel einer ausgeglichenen Rechnung erreicht werden kann. Grosse Einsparungen können nicht mehr vorgenommen werden. Es geht nun darum, die Einnahmen zu sichern.

3. Welchen Leistungsabbau müsste die Krienser Bevölkerung zusätzlich hinnehmen?

Der Gemeinderat hat keinen Plan B, welche Leistungen wie eingespart werden können. Die freiwilligen Leistungen der Gemeinde, welche nicht gebunden sind, haben einen relativ kleinen Anteil. Diese können nicht willkürlich gestrichen werden, da zum Teil auch für freiwillige Leistungen Leistungsvereinbarungen bestehen (z.B. Museum im Bellpark, Sonnenberg). Grössere Einsparungen bei den Ausgaben lassen sich nur dann erzielen, wenn man die Leistungen der Gemeinde hinterfragt. Dies ist eine politische Diskussion. Er spürt, dass man keine Leistungen abbauen, sondern eher noch zusätzliche haben möchte. Bei den übrigen Leistungen müsste der Standard überprüft werden, sofern dieser nicht von kantonalen Gesetzen vorgegeben ist (Volksschule, Sozialhilfe). Wenn zusätzliche 3,2 Mio. Franken gespart werden müssten, entspräche dies ungefähr 250 Massnahmen. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass kurzfristig diese Einsparungen nicht vorgenommen werden können, ohne den Grundauftrag für die Gemeinde zu verletzen. Wenn die Steuererhöhung in diesem Jahr abgelehnt wird und sich die Rahmenbedingungen nicht drastisch verbessern, müsste eine Steuererhöhung im nächsten Jahr sicherlich wieder zur Diskussion stehen. Die Gemeinde soll immer mehr Leistungen mit weniger Geld erbringen. Mit der kantonalen Steuergesetzrevision und der kantonalen Pflegekostenfinanzierung können auf Dauer nicht mehr Leistungen mit weniger Geld realisiert werden.

4. Welche Projekte der Gemeinde Kriens könnten nicht realisiert werden?

Wenn das Budget nicht angenommen wird, wird man sicherlich die Investitionsplanung überprüfen müssen. Im nächsten Jahr sind 20 Mio. Franken im Investitionsplan enthalten. Gewisse Projekte müsste man sicher sistieren oder nach hinten verschieben (z.B. Gemeindezentrum, Erneuerung Sportanlage Kleinfeld, Hergiswaldbrücke). Gewisse Projekte sind jedoch bewilligt und dazu wurden auch Aufträge erteilt (z.B. Schwimmbad).

5. Was bedeutet eine Steuererhöhung von 1/10 Einheit für eine Familie mit 2 Kindern mit Einkommen von Fr. 50'000 im Jahre 2011 gegenüber 2010?

Familie, katholisch, 2 Kinder:

Steuerbares Einkommen 2010	Steuerbelastung 2010	Eigenbetreuungsabzug / Erhöhung Versicherungs- und Kinderabzug	Steuerbares Einkommen 2011	Steuerbelastung 2011 (inkl. Steuererhöhung)	Einsparung mit Steuererhöhung	Einsparung ohne Steuererhöhung
50'000	4'323.25	5'000	45'000	3'396.75	926.50	1'016.60
100'000	13'645.05	5'000	95'000	11'901.90	1'743.15	2'058.85

Diese Tabelle ist auch in der Abstimmungsbotschaft enthalten. Ab dem nächsten Jahr kann man neu von einem Eigenbetreuungsabzug profitieren. Dieser beträgt Fr. 2'000.00 pro Kind und wird zusätzlich zum Kinderabzug gewährt (bis zum 15. Altersjahr). Zusätzlich erhöhen sich die Versicherungs- und Kinderabzüge. Es zeigt sich, dass fast alle Krienserinnen und Krienser im Jahr 2011 trotz einer kommunalen Steuererhöhung weniger Steuern zahlen.

6. Was bedeutet eine Steuererhöhung von 1/10 Einheit für Alleinstehende mit einem Einkommen von Fr. 100'000 im Jahre 2011 gegenüber 2010?

Alleinstehend, katholisch, keine Kinder:

Steuerbares Einkommen 2010	Steuerbelastung 2010	Erhöhung Versicherungsabzug	Steuerbares Einkommen 2011	Steuerbelastung 2011 (inkl. Steuererhöhung)	Einsparung mit Steuererhöhung	Einsparung ohne Steuererhöhung
100'000	16'430.60	100	99'900	15'830.25	600.35	1'020.25

Martin Heiz fragt Monika Marbacher, ob sie eine Diskussion verlangt oder ob sie mit der Beantwortung zufrieden ist.

Monika Marbacher ist mit der Antwort zufrieden und verlangt keine Diskussion.

**13. Dringliche Interpellation Dalla Bona: Baubewilligungs- und Wiederherstellungsverfahren, Baugesuch Burri & Achermann Gartenbau AG
Nr. 194/10**

Martin Heiz stellt auch hier fest, dass der Gemeinderat diese Interpellation nun beantworten muss.

Matthias Senn erklärt anhand einem Plan, um welches Grundstück es sich handelt. Es handelt sich dabei um ein Rechtsverfahren, wofür das Verwaltungsgericht zuständig ist. Der Gemeinderat muss sich daher bei der Information zurückhalten. Bei seinen Entscheiden hat der Gemeinderat immer zuerst die Rechtslage zu prüfen. Politischer Handlungsspielraum ist dort gegeben, wo die Rechtslage klar ist. Beim vorliegenden Fall gibt es widersprüchliche Zusicherungen, der Gemeinderat hatte aber schlussendlich die Rechtslage zu prüfen. Bei den Anlagen der Burri & Achermann AG handelt es sich um widerrechtlich erstellte Anlagen, für die vor der Erstellung nie ein Baubewilligungsverfahren durchgeführt wurde.

Während des Verfahrens der Ortsplanungsrevision 2000 wurde der Tunneldeckel der Zone für Sport- und Freizeitanlagen zugewiesen mit der Nutzung Sport / Freizeit / Spiel- und Grünanlagen / Familiengärten / Gartenbau. Die Bezeichnung „Gartenbau“ wurde nach der 1. Lesung, aber vor der öffentlichen Auflage ergänzt. Aus keinem Protokoll ist ersichtlich, warum. Das Konzept zur Nutzung des Tunneldeckels wurde im Jahr 2004 im Einwohnerrat behandelt. Das Verhältnis 1/3 intensive Nutzung, 2/3 extensive Nutzung wurde nie grundeigentümerverbindlich geregelt. Zum Projekt der Sportanlagen hat es diverse Einsprachen gegeben, beispielsweise von Pro Natura. Neben dem Tunnel gab es eine kleine Schüür. Der Kanton verkaufte dieses Grundstück in der Arbeitszone an Burri & Achermann AG (Gartenbauunternehmen). Der Bund, als Rechtsnachfolger des Kantons, hat mit den Nutzer einen Gebrauchsleihvertrag abgeschlossen, worin enthalten ist, dass das Grundstück auch für einen Gartenbaubetrieb genutzt werden kann und die Gemeinde Kriens die Flächen unentgeltlich für Sportanlagen nutzen kann. Damals sind die Bauten und Anlagen von Burri & Achermann ohne Baubewilligung erstellt worden. Der Gemeinderat hat ein Baugesuch gefordert, welches der Bauherr jedoch verweigerte. Dieser Partner war nicht kooperationswillig und hat versucht, die Gesetze zu umgehen. Selbst als Nichtjurist ist es klar, dass dies ein Baugesuch brauchte. Der Gemeinderat hat eine Verwaltungsgerichtsbeschwerde eingereicht. Das Verwaltungsgericht entschied, dass die Bauten und Anlagen baubewilligungspflichtig seien. Das Verfahren dauerte mehrere Jahre. Aus einem Protokoll weiss man, dass der Gemeinderat bereits im Jahr 2005 der Meinung war, dass der Gartenbau nicht zonenkonform sei und die Fläche als Magerwiese genutzt werden könne. Wäre das Gesuch im 2005 eingereicht worden, hätte der damalige Gemeinderat die Rechtslage prüfen und mit Zusicherung abwägen können. Im Jahr 2009 folgte endlich das Baugesuch. Anfangs 2010 hat der Gemeinderat die Bauten und Anlagen in der Arbeitszone bewilligt. Die Anlagen in der Sport- und Freizeitzone wurden mit dem Hauptargument der fehlenden Zonenkonformität nicht bewilligt und eine Wiederherstellungsverfügung erlassen. Daraufhin gab es eine Beschwerde beim Verwaltungsgericht.

Zu den Fragen:

1. *Eine Kündigung der Nutzungsvereinbarung mit der Gemeinde Kriens hätte zur Folge, dass Sport- und Freizeitanlagen wieder entfernt werden müssten. Ist sich der Gemeinderat dieser Konsequenz wirklich bewusst und übernimmt er dafür die politische Verantwortung?*

Diese Vereinbarung besteht seit 2003 zwischen dem Staat Luzern und der Gemeinde Kriens und kann frühestens auf 2013 gekündigt werden. Die Vereinbarung verlängert sich automatisch, wenn diese nicht gekündigt wird. Die Gemeinde Kriens hat ein Schreiben des Bundesamtes für Strassenbau ASTRA erhalten, welches diese Drohungen enthält. Das ASTRA ist Rechtsnachfolger des Kantons als Grundeigentümer. Die gleichen Drohungen wurden in der Verwaltungsgerichtsbeschwerde wiederholt. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass es für ein Bundesamt absolut unwürdig ist, ein Baubewilligungsverfahren, das ein Rechtsverfahren ist, mit Drohungen zu versetzen. Auch ein Bundesamt muss wissen, dass eine Bewilligungsbehörde zuerst das Recht beurteilen muss und erst dann den politischen Entscheidungsspielraum hat. Falls der Gemeinderat das Gesuch rechtlich falsch beurteilt hat, wird dies das Verwaltungsgericht korrigieren.

2. *Die vom Einwohnerrat im Jahre 2004 beschlossenen baulichen Investitionen (Sportplätze, Skateranlage) im Umfang von rund 1 Mio. Franken müssten rückgebaut werden. Zudem ist damit zu rechnen, dass von Bundesebene aufgrund der zu erwartenden Probleme mit dem Baugesuchsteller (Schadenersatzfrage, Vertragsrückabwicklung etc.) noch weitere finanzielle Forderungen gegenüber der Gemeinde Kriens anstehen werden. Übernimmt der Gemeinderat die Verantwortung für diese finanziellen Konsequenzen?*

Der Gemeinderat ist zur korrekten Anwendung des Bau- und Zonenreglements gezwungen. Der Bund kann kein Interesse haben, dass die Zone nicht zonenkonform genutzt wird. Gemäss Nutzungsvereinbarung ist die Gemeinde auch für die Pflege der von ihr genutzten Flächen zuständig. Bei der Sport- und Freizeitzone sollen auch Sportplätze drauf sein können. So einfach kann die Nutzungsvereinbarung nicht gekündigt werden. Eine Drohung in einem Rechtsverfahren ist unzulässig, dies gilt erst recht für ein Bundesamt. Man erachtet dies als einen Skandal.

3. *Wie gedenkt der Gemeinderat nicht zuletzt auch aufgrund der aktuellen tristen Finanzlage der Gemeinde Kriens seinen Bürgerinnen und Bürger zu kommunizieren, dass entgegen der klaren Rechtsauffassung und gegen die Interessen des Kantons Luzern ein Entscheid getroffen wurde, der zur Folge hat, dass einerseits in Zukunft vor allem den Jugendlichen weniger Sport- und Freizeitanlagen zur Verfügung stehen und andererseits somit fast eine Million Steuerfranken fehlinvestiert wurde?*

Im Moment ist noch nichts passiert. Es gelten dieselben Antworten wie zur Frage 2.

4. *Mit seinem negativen Entscheid gegenüber einem Gewerbebetrieb signalisiert der Gemeinderat zudem ungute Gefühle gegenüber Gewerbe und Wirtschaft. Der Entscheid wird unter anderem in der breiten Öffentlichkeit so interpretiert, dass der Gemeinderat nicht sehr gewerbefreundlich eingestellt sei. Es werden gar Stimmen laut, die von Kriens als einem gewerbefeindlichen Standort sprechen und befürchten, dass so Betriebe aus Kriens wegziehen oder sich keine neuen Betriebe mehr ansiedeln werden. Welche Konsequenzen zieht der Gemeinderat, damit negative Entscheide gegenüber dem Gewerbe und der Wirtschaft in Zukunft nicht mehr gefällt werden?*

Der Fall Burri & Achermann Gartenbau AG ist sehr komplex. Für den heutigen Gemeinderat ist es sehr ärgerlich, da er widersprüchliche Entscheide der letzten 10 Jahren ausbaden musste. Der Gemeinderat hat das Baugesuch rechtlich beurteilt und ist zum Schluss gekommen, dass ein gewerblicher Gartenbau in der Sport- und Freizeitzone nicht zonenkonform und damit nicht bewilligungsfähig ist. Auch das Gewerbe muss sich an das Recht halten. Für den Gemeinderat gilt Recht vor der Politik. Dem Gemeinderat deshalb Gewerbefeindlichkeit zu unterstellen, ist nicht korrekt. Der Gemeinderat wird nun eine Vernehmlassung zur Verwaltungsgerichtsbeschwerde vorbereiten müssen. Darin wird er seine Auslegung der Rechtslage erklären müssen. Er hat aber auch die Möglichkeit, eine rechtskonforme Lösung anzubieten. Der Gemeinderat wird sich darüber Gedanken machen (analog Fall Küchler, als der Gemeinderat sehr gewerbefreundlich handelte).

Martin Heiz fragt Johanna Dalla Bona, ob sie mit der Beantwortung einverstanden ist oder ob sie eine Diskussion verlangt.

Johanna Dalla Bona dankt für die Beantwortung der Interpellation. Sie ist damit aber nicht glücklich und verlangt eine Diskussion.

Martin Heiz stellt fest, dass nicht opponiert wird.

Johanna Dalla Bona stellt fest, dass nichts zur politischen Verantwortung des Gemeinderates erwähnt wurde, wie er dies der Bevölkerung kommunizieren möchte. Daher ist die Beantwor-

tion nicht vollständig. Auf die Vergangenheit geht sie nicht ein. In der heutigen Situation hat sie absolut kein Verständnis für den Entscheid des Gemeinderates:

Sie hat kein Verständnis,

- da die Rechtslage klar ist, denn im Bau- und Zonenreglement, Seite 31, ist der Gartenbau erwähnt.
- weil eine Bestätigung von Renato Casiraghi, ehemaliger Gesamtprojektleiter A2/6, vorliegt, welche besagt, dass das betreffende Grundstück nie Gegenstand einer Vereinbarung mit der Gemeinde Kriens war.
- weil der Kanton resp. der Bund sogar noch entgegengekommen ist, was die ökologische Ausgleichsfläche betrifft: Er hat mehr ökologische Flächen geschaffen, als gemäss Projekt vorgesehen war.
- weil dieser Entscheid Konsequenzen hat: Der Gang vors Verwaltungsgericht ist eingeleitet.
- dass der Gemeinderat mit der aktuellen Finanzlage bereit ist, das investierte Geld von rund Fr. 1 Mio. zu opfern und auf die Sport- und Freizeitanlagen zu verzichten. Dies ist ein schlechtes Zeichen gegenüber der Bevölkerung.

Sie hofft, dass sich der Gemeinderat seinen Entscheid nochmals überlegt.

Erich Tschümperlin bemerkt, dass Altlasten in finanzieller Art und auch noch in rechtlicher Art bestehen. Er findet es gut und richtig, wenn der Gemeinderat das Recht nun auch umsetzt. Auch KMU's müssen sich an das Recht halten. Es zeigt sich einmal mehr, dass es ein schlechter Dienst ist, wenn das Recht nicht durchgesetzt wird. Man hätte viel früher eingreifen müssen. Dass man Erbarmen hat und den Gemeinderat als KMU-feindlich darstellt, ist ihm zu viel. Er dankt dem Gemeinderat, dass man endlich das Recht umsetzt und man nicht mehr vom Bundesgericht zurückgepiffen wird.

Gemäss Bruno Bienz wurde dieses Thema bereits vor ein paar Jahren behandelt. Die Grünen sagten damals schon, dass dies illegal war. Im Sinne des Einwohnerrates sollten dort eigentlich Schrebergärten entstehen. Der damalige Gemeindeammann sagte, dass dies etwa dasselbe sei wie Gartenbau. Der Gemeinderat macht endlich seine Aufgabe, indem er illegale Bauten in Kriens abräumt. Er unterstützt den Gemeinderat in seiner Haltung vollumfänglich.

Johanna Dalla Bona betont, dass dieser Entscheid die Gemeinde etwas kosten wird. Im gültigen Bau- und Zonenreglement ist enthalten, dass der Gartenbau zulässig ist. Daher ist dies nicht illegal.

14. Motion Lammer: Reduktion des Inventars der Kulturobjekte auf die erhaltenswerten Objekte **Nr. 184/10**

Gemäss Martin Heiz ist der Gemeinderat bereit, die Motion zu überweisen. Er fragt, ob jemand der Überweisung opponiert.

Erich Tschümperlin opponiert gegen die Überweisung.

Thomas Lammer führt aus, dass im ersten Moment bei der Antwort des Gemeinderates Freude aufkommt, da dieser den Antrag auf Überweisung der Motion stellt. Beim Lesen der Begründung verfliegt diese Freude allerdings wieder etwas. Faktisch wird die Motion als solche belassen, wird aber in der Begründung ähnlich wie ein Postulat behandelt. Wenn die vorliegende Motion überwiesen wird, was er hofft, dann entspricht die inhaltliche Forderung dem politischen Willen. Damit steht einer Umsetzung der Forderung, nämlich einer Reduktion, nichts im Wege. Der Sprecher erinnert nochmals daran, dass rund 180 Objekte der Gemeinde Kriens im heutigen Inventar enthalten sind. Er bestreitet in keiner Weise, dass es nicht solche gibt, die dort enthalten sein sollen. Aber die Zahl von 180 erscheint ihm doch relativ gross. Denn schützen heisst für den jeweiligen Eigentümer jeweils auch Einschränkung der Handlungsfreiheit. Dieser Schutz sollte nur dort erfolgen, wo eine hohe Schutzwürdigkeit vorhanden ist. Vor allem aber soll einem Eigentümer das rechtliche Gehör ermöglicht werden, bevor seine Liegenschaft unter Schutz gestellt wird. Tatsache ist aber auch, dass bezüglich Kulturobjekte momentan wenig Entscheidungsfreude herrscht. Es ist aber auch Tatsache, dass bisher nie eine politische Debatte stattfand, wie wichtig der Erhalt von örtlichen Strukturen, beispielsweise im Bereich der Gallusstrasse / Bahnhofli, ist oder ob man eher eine städtebauliche Erneuerung anstrebt.

Matthias Senn erklärt, dass das Baudepartement für das Bau- und Zonenreglement und das Umwelt- und Sicherheitsdepartement für die Kulturobjekte zuständig ist. Die Prozesse und Entscheidungsfindungen kann man in zwei Bereiche unterteilen. Für den Gemeinderat ist es unbestritten, dass er diese Motion so übernehmen möchte. Es muss ein Prozess im Gemeinderat, im Einwohnerrat sowie auch in der Bevölkerung stattfinden, um solche Fragen zu klären. Man muss sich die Frage stellen, wie weit man öffentliche Strukturen erhalten möchte.

Cyрил Wiget hält fest, dass der Gemeinderat diese Motion entgegennimmt. Wenn man das Bedürfnis hat, dazu eine politische Diskussion zu führen, ist dies schon richtig. Die Umwelt- und Sicherheitskommission hat eine vorbildliche Diskussion geführt. Unter Heimatschutz steht nicht all das, was alte Holzwände hat. Dies entspricht nicht mehr dem zeitgemässen Gedanken. Jede Zeitepoche hat seine speziellen Bauten hervorgebracht. Daher bestehen drei verschiedene Inventare. Auch das neue Inventar, welches der Kanton anregt, wird nicht eigentümerverbindlich umgesetzt. Dieser Prozess ist viel zu komplex und zu aufwändig.

Erich Tschümperlin bemerkt, dass die Geschichte allen eine Identität gibt, in einer Zeit wo alles neu, alles immer anders ist und nichts mehr so wie es einmal war. Alte Häuser geben der Geschichte ein Gesicht. Und zwar ein Gesicht mit Furchen und Falten, ein Gesicht mit Charakter. In einer Zeit wo die Gefahr gross ist, im gesichtslosen Aggloblei zu versinken, sind es gerade die geduldigen Zeitzeugen, die Kriens helfen, sein Gesicht zu erhalten, zu wahren. Auch im Hinblick auf das neue Zentrum braucht man einen alten Dorfteil oder wenigstens was davon übrig ist. Die Kulturobjekte sind die Wurzeln, sind Krienser Geschichte. Ohne Wurzeln ist ein Aufbruch in ein neues Zeitalter, hin zu einem neuen Zentrum seelenlos. Ein neues Zentrum und Kulturgüter sind keine Gegensätze, sie brauchen einander. Mit dem Inventar der Kulturobjekte hat man wenigstens ein schwaches Instrument, welches Leitplanken gibt im Umgang mit den Krienser Wurzeln. Es braucht diese Übersicht, denn wenn nur noch von Fall zu Fall entschieden wird, ist der Kahlschlag programmiert. Weniger, als das was man heute hat, ist nichts. Ein Kriens ohne Krienser Kulturobjekte ist kein Kriens mehr, sondern ein beliebiger Ort irgendwo in der Agglomeration. Deshalb lehnen die Grünen die Motion einstimmig ab.

Ursula Müller stellt namens der JCVP/CVP-Fraktion fest, dass die Motion verlangt, das Inventar der Kulturobjekte auf ca. 50 zu reduzieren. Die Gemeinde verfügt über drei Inventare (Inventar der Kulturgüterobjekte, Wohnsiedlungsinventar, Inventar der Industrieobjekte). Die Grundidee dieser Inventare ist, erhaltenswerte, schützenswerte und bemerkenswerte Gebäude in der Gemeinde Kriens zu erhalten, dem Bedürfnis nach Heimat und dem Heimatschutzanliegen gerecht zu werden und dem heutigen Bedürfnis von Identität entgegenzukommen. Dass man zu dem über Jahrhunderte gewachsenen und entwickelten Lebensraum, mit den darin entstandenen Objekten und der Umgebung, Sorge trägt, für dieses Anliegen steht die JCVP/CVP-Fraktion ein. So wie das Inventar heute gehandhabt wird, versteht es sich als ein flexibles System, eingeteilt in drei Kategorien und dient dem Gemeinderat als Arbeits- und Entscheidungsinstrument. Der Kulturartikel Art. 38, Anhang D im Bau- und Zonenreglement der Gemeinde Kriens definiert im Falle eines Abrisses oder eines Umbaus das Vorgehen und ist behördenverbindlich. In der Motion wird neben der Verkleinerung vom Inventar vor allem das rechtliche Gehör angeprangert, es sei nicht gegeben und dieser Umstand ist nicht mehr länger akzeptierbar und haltbar. Dieser Forderung steht entgegen, dass das Inventar nie eigentümergebunden gemacht wurde. Es ist behördenverbindlich. Das rechtliche Gehör kommt erst zum Tragen, wenn es um die Baubewilligung geht und das betreffende Objekt im Inventar steht. Im Zusammenhang der Inventare gibt es durchaus Fragen: Welche Kriterien wurden für die Aufnahme in das Inventar erstellt? Wie war die Fachgruppe zusammengestellt? Was heisst das finanziell für die Objekte? Was für finanzielle Konsequenzen hat die Aufführung und Klassierung im Inventar? Wie sieht eine Entschädigung für den Mehraufwand aus? Ist 10 % mehr Ausnutzungsziffer eine gute Lösung, wenn der Besitzer knapp bei Kasse ist, also nicht genügend finanzielle Ressourcen hat? Verhindert das Inventar, dass nicht renoviert wird und Bauten verlottern? Weitere Fragen interessieren: Wie gehen Gemeinden im Kanton mit ihren Objekten um? Gibt es ebenfalls Sonderregelungen? Gibt es Zahlungen an Eigentümer usw.? Was für finanzielle Konsequenzen hat die Erklärung von Eigentümergebundenheit, wie in der Motion verlangt wird, für die Gemeinde?

Die CVP/JCVP-Fraktion stimmt dem Vorhaben des Gemeinderates zu. Der Gemeinderat will im Rahmen der Ortsplanungsrevision dieses Anliegen aufnehmen und prüfen. Die Fraktion ist der Meinung, dass die heutige Situation verbessert werden kann. Unter anderem muss mehr Transparenz geschaffen werden und Kommunikation. Im Bericht erwartet man die Klärung der oben genannten Fragen.

Martin Heini bemerkt namens der SP-Fraktion, dass sich die Bevölkerung oft schwer tut, wenn alte vertraute Gebäude abgerissen und neuen dem Zeitgeist entsprechend nüchterne und dem Druck der Rentabilität gehorchende Neubauten ersetzt werden. Da mag wohl auch nach dem grossen Bauboom der 70er-Jahre vielen Leuten ein Licht aufgegangen sein, vielleicht zu spät, denn viele Gebäude waren schon weg. In den 90er-Jahren haben Fachleute in aufwendiger Arbeit über 150 Objekte in eine der Kategorien des Inventars aufgenommen. Im Sinne von „Lerne aus Fehlern, aber mach denselben Fehler nicht zweimal!“. Er plädiert dafür, das Inventar weiterhin zu bewirtschaften. Man findet es absolut falsch, in einem Wisch und unbesehen (sprich: als politischen Schnellschuss) dieses Inventar zu zerreißen und sich so rein politisch über alles Fachwissen hinwegzusetzen. Allenfalls bedürfte das Inventar einer gründlichen Untersuchung der Objekte. Dies wird aber kosten- und aufwandsintensiv werden, wo doch gerade im Bereich USD der Wert einer 100%-Stelle weggestrichen wurde.

Inhaltlich ist die Forderung schwach. Die Reduktion auf die Kategorie 1 würde beispielsweise bedeuten, dass der Dorfbrunnen, der ja einmalig vorhanden ist, nicht mehr im Inventar enthalten wäre. Betreffend der Forderung um rechtliches Gehör zu gewähren: Warum haben Private dem Gemeinderat in seiner Arbeit drein zu reden, wenn es hierzu keine gesetzliche Grundlage

gibt? Dass ein Objekt im Inventar ist, ist alleine noch keine Einschränkung. Der Eigentümer wird so oder so bei Umbauabsichten mit einem Baugesuch an die Gemeinde gelangen müssen. Die SP-Fraktion fragt sich, ob das Inventar so komplett quer in der liberalen Landschaft steht. Warum kann das Inventar für den Eigentümer nicht ein Kompliment darstellen, ein schützenswertes Objekt zu besitzen? Die SP ist für die Wahrung der Interessen heutiger und künftiger Generationen und demzufolge gegen die Überweisung der Motion.

Gemäss Toni Bründler ist die SVP für die Überweisung der Motion. Argumente dafür wurden bereits geäußert. Es macht Sinn, dass man gewisse Dinge überprüft. Man kann sicher nicht jeden „Hasenstall“ unter Schutz stellen.

Alexander Wili geht auf zwei Bemerkungen von Cyrill Wiget ein. Die Umsetzung des Vorstosses sollte nicht erst in 10 Jahren, wenn die nächste Ortsplanung ansteht, vorgenommen werden. Eine Abänderung des Bau- und Zonereglements ist in der Kompetenz des Einwohnerrates. Zur Unterstützung der Motion ist ein Verzeichnis vorhanden. Beispielsweise die alte Post, das Kino Scala, die Pizzeria Al Forno, das Restaurant Minerva sind denkmalgeschützt. Daher ist es durchaus richtig, wenn man das Inventar überprüft. Er bittet ebenfalls um Überweisung der Motion.

Abstimmung

Die Motion wird mit 22:10 Stimmen überwiesen.

Aakti, Brahim	nein
Baumgartner, Werner	ja
Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	ja
Bründler, Anton	ja
Bründler, Josef	ja
Dalla Bona, Johanna	ja
Erni, Roger	ja
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	nein
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	ja
Günter, Michael	nein
Hahn, Alex	ja
Heini, Martin	nein
Kalt, Mirjam	nein
Kaufmann, Christine	ja
Kiener, Beatrice	ja
Koch, Patrick	ja
Konrad, Simon	ja
Lammer, Thomas	ja
Luthiger, Judith	nein
Marbacher, Monika	ja
Müller, Ursula	ja
Nyfeler, Nicole	nein
Piazza, Daniel	ja
Portmann, Peter	ja
Schwizer, Roland	ja
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	nein
Wespi, Peter	ja
Wili, Alexander	ja

15. Verabschiedung

- **Baumgartner Werner (CVP)**
- **Bründler Josef (FDP)**

Martin Heiz hält fest, dass Werner Baumgartner am 01.09.2003 als Nachfolger von Bruno Senti in den Einwohnerrat gewählt wurde. Werner Baumgartner hat wie folgt in den politischen Gremien gewirkt:

2003 als Mitglied in der Geschäftsprüfungskommission (GPK)

2003 - 2006 / 2008 - 2010 als Mitglied in der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission (FGK)

2003 - 2008 als Mitglied in der Umwelt- und Sicherheitskommission (USK)

2008 als Mitglied der Kommission für interkommunale Zusammenarbeit (KiZ)

2009 - 2010 als Präsident der Kommission für interkommunale Zusammenarbeit (KiZ)

Martin Heiz bittet Werner Baumgartner nach vorne und übergibt ihm ein Geschenk. Er dankt ihm für seine Arbeit, welche für den Einwohnerrat sehr bereichernd war.

Werner Baumgartner führt aus, dass er 7,5 sehr gute Jahre im Einwohnerrat erlebt hat. Er war damals mit Freude und Stolz hier hereingekommen. Dies ist auch heute noch so. Er war jedes mal mit Freude gekommen und er hat viel gelernt als Politiker. Er glaubt, dass der Rat hektischer, intensiver und härter geworden ist. Doch härtere Diskussionen führen nicht zu besseren Lösungen. Manchmal hat er sich gewünscht, dass man mehr Kompromisse eingehen könnte. Es wäre schön, wenn dies in Zukunft möglich wäre. Eigentlich hat man die ganzen 7,5 Jahre auf hohem Niveau gejammert. Dies spricht auch für Kriens. Er hat immer gerne für Kriens politisiert. Finanziell steht Kriens nicht auf den besten Beinen, trotzdem gibt es auch viele Dinge, die gut funktionieren. Er dankt dem Einwohnerrat für die Unterstützung und Geduld. Er dankt dem Gemeinderat für die gute Zusammenarbeit. Ebenfalls dankt er der Verwaltung, dass alles immer gut funktionierte. Zum Schluss dankt er noch seiner Fraktion. Er wünscht allen persönlich ein gutes neues Jahr und politisch im nächsten Jahr viel Mut und ein grosses Herz für alle Entscheidungen.

Martin Heiz hält weiter fest, dass Josef Bründler am 01.09.2008 direkt in den Einwohnerrat gewählt wurde. Josef Bründler hat wie folgt in den politischen Gremien gewirkt:

2008 - 2010 als Mitglied in der Baukommission und als Mitglied in der gemeinderätlichen Ortsplanungskommission

Er bittet Josef Bründler nach vorne und überreicht ihm ebenfalls ein Geschenk.

Josef Bründler hat in den kurzen 2,5 Jahren einiges gelernt. Er bedankt sich herzlich bei allen.

Schluss

Martin Heiz gratuliert Patrick Koch zur erfolgreich abgeschlossenen Ausbildung „HR Fachmann mit eidg. Fachausweis“. Er informiert, dass die nächste Sitzung am 27. Januar 2011 um 14.00 Uhr stattfindet.

Er richtet noch ein paar Worte an den Einwohnerrat:

*Die Weihnachtszeit ist da
Draussen wird es kälter
Die Tage werden kürzer
Es schneit und die Welt wird leiser*

*Es ist dunkel es ist still
Mancher hetzt umher
Mancher nimmt leichter
Es ist eine Zeit gekommen
Ruhig und still wird es im Land
Die Herzen schlagen schneller*

*Das Christfest ist nah
Die Augen leuchten hell
Die Zeit der Besinnung ist gekommen
Nicht für jeden ist es eine schöne Zeit
Manches Schicksal war in diesem Jahr
Doch wir hoffen auf eine besinnliche Zeit*

*Die Herzen und die Seelen
Sie sehnen sich nach Ruhe
Sie sollen es sich nehmen
Ruhiger soll es gehen
Mancher denkt über sich nach
Was hat das Jahr mir gebracht.*

*Nehmen wir diese Zeit
Sie soll uns all das geben
Was wir uns wünschen und erhoffen
Mit neuem Elan gehen wir dann ins neue Jahr*

In diesem Sinne wünscht der Vorsitzende allen eine schöne Adventszeit und hofft, dass alle Zeit finden, um etwas abzuschalten und zu geniessen und dass man Zeit für Dinge findet, auf die man sich schon lange gefreut hat.

Im Anschluss an die Sitzung hat der Gemeinderat zum traditionellen Jahresabschlussessen eingeladen. Man trifft sich um 18.30 Uhr im Mehrzwecksaal Zunacher. Das Apéro findet auf der Terrasse statt.

Schluss der Sitzung: 18:20 Uhr

Genehmigung im Namen des Einwohnerrates

Der Einwohnerratspräsident:



Martin Heiz

Der Gemeindeschreiber:

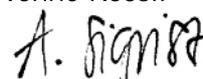


Guido Solari

Die Protokollführerinnen:



Yvonne Rösli



Andrea Sigrist